

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wilhelm Bruns

Sozialistische Außenpolitik  
oder Außenpolitik der DDR?

Zu einigen Grundfragen  
der DDR-Außenpolitik

Gerhard Wettig

Östliche Entspannungspolitik  
zwischen Zusammenarbeit  
und Abgrenzung

B 19/77

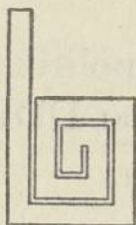
14. Mai 1977

Wilhelm Bruns, Dr. phil., geb. 1943 in Werdohl; Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg (seit 1973); Studium der Rechtswissenschaften, Politikwissenschaften und Volkswirtschaft in Hamburg; Arbeit in der Erwachsenenbildung; Mitarbeiter beim NDR und Deutschlandfunk.

Veröffentlichungen u. a.: Die UNO-Politik der DDR, Köln (i. E.); Die friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; zahlreiche Zeitschriftenbeiträge.

Gerhard Wettig, Dr. phil., geb. 1934, Wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Buchveröffentlichungen: Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917, 1967; Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland, 1967; Politik im Rampenlicht, 1967; Potsdam und die deutsche Frage (zus. mit Ernst Deuerlein, Alexander Fischer und Eberhard Menzel), 1970; Europäische Sicherheit, 1972; Frieden und Sicherheit in Europa — KSZE und MBFR, 1975; Community and Conflict in the Socialist Camp, 1975; Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965—1976, 1. Aufl. 1976, 2. Aufl. 1977; Broadcasting and Détente, 1977; Der Kampf um die freie Nachricht, 1977.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Sozialistische Außenpolitik oder Außenpolitik der DDR?

## Zu einigen Grundfragen der DDR-Außenpolitik

### I. Einleitung und Problemstellung

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ist ein Staat, der inzwischen von nahezu 120 Ländern diplomatisch anerkannt ist, seit 1973 der UNO angehört und an der multilateralen Konferenzdiplomatie (KSZE, MBFR) gleichberechtigt teilnimmt<sup>1)</sup>. Nach den in Ost-Berlin

<sup>1)</sup> Es ist offenbar nicht einfach, exakt zu sagen, mit wieviel Staaten die DDR diplomatische Beziehungen unterhält bzw. von wieviel Staaten sie anerkannt worden ist. Der Generalsekretär der SED, Erich Honecker, sprach auf dem IX. Parteitag der SED davon, daß die DDR „gegenwärtig zu 121 Staaten diplomatische Beziehungen“ unterhalte (Bericht des Zentralkomitees der SED, Berichterstatter Honecker, ND 19.5. 1976, S.3). In Fortschreibung der von der DDR mitgeteilten Angaben (Horizont 20/76, S.3) sind es gegenwärtig (Stand 15.11. 1976) 117 Staaten, zu denen die DDR Beziehungen unterhält (Zu Chile und Spanien sind die diplomatischen Beziehungen unterbrochen.). Nimmt man die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland hinzu, die nach Auffassung der DDR begrifflich unter Außenpolitik fallen, so unterhält sie mit 119 Staaten diplomatische bzw. quasidiplomatische Beziehungen. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik Deutschland unterhielt im März 1976 118 Botschaften, 57 Generalkonsulate und 12 Konsulate (Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 29 v. 17. 3. 1976, S. 274).

Wenn man berücksichtigt, daß es 1971 lediglich 30 Staaten waren, die mit der DDR diplomatische Beziehungen unterhielten, so konnte die DDR innerhalb weniger Jahre einen gewaltigen Statuserfolg verbuchen. Die entscheidende Voraussetzung für diese Entwicklung wird jedoch von der DDR-Publizistik, wenn überhaupt, nur beiläufig erwähnt. Als die internationale Interaktionsfähigkeit der DDR nicht mehr länger durch Hallstein-Doktrin u. a. Blockierungstechniken zu bestreiten war und immer mehr Staaten ihre Bereitschaft signalisierten, mit der DDR diplomatische Beziehungen aufzunehmen, entschloß sich die sozialliberale Koalition zu einem Junktim zwischen dem Grundlagenvertrag mit der DDR und der internationalen Anerkennung der DDR durch Dritte. Der Bonner Fahrplan setzte sich gegen den erklärten Willen der DDR durch. Die Koinzidenz von Grundlagenvertrag und internationaler Anerkennung der DDR läßt sich durch folgende Zahlen illustrieren: Bis zum 8. November 1972 (Tag der Paraphierung) nahmen 32 Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR auf (also in 23 Jahren). Zwischen dem

verbreiteten Selbstporträt erfreut sich die DDR einer „hohen Wertschätzung“ und wird „als wichtiger Staat“ in den internationalen Beziehungen behandelt<sup>2)</sup>. Tenor aller Selbstporträts: Die DDR setzt sich „aktiv für die Interessen der friedliebenden Völker“ ein und erweist sich „als geachteter und respektierter Partner, dessen aufrechter Wille zur Stärkung des Friedens und zur Entfaltung der Zusammenarbeit nicht zu übersehen ist“<sup>3)</sup>. Kennzeichnend für das Selbstverständnis der DDR-Außenpolitik ist der Dreiklang: Prinzipientreu<sup>4)</sup>, erfolgreich<sup>5)</sup> und „wissenschaftlich begründet“<sup>6)</sup>.

Die DDR steht unter dem ambitiösen Anspruch, nicht irgendeine, sondern eine „sozialistische Außenpolitik“ zu vertreten. Wie konkretisiert sich aber *sozialistische* Außenpolitik? Liegen die behaupteten Unterschiede von „sozialistischer Außenpolitik“ zur „imperialistischen Außenpolitik“ in den Zielen, im Inhalt, in Träger, im „Wesen“, im feststellba-

15. November 1972 und dem 29. November 1973 (also in einem Jahr) nahmen 68 Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

<sup>2)</sup> So Hermann Axen auf der 15. Tagung des ZK der SED (1975), hier zitiert nach der DDR-Wochenschrift „Horizont“ 42/75, S. 3 f., hier S. 4.

<sup>3)</sup> Joachim Krüger, Die internationale Stellung der DDR und die koordinierte Außenpolitik der sozialistischen Staaten, in: Deutsche Außenpolitik (künftig abgekürzt DAP) 21. Jg. (1976) H. 7, S. 973—982, hier S. 981.

<sup>4)</sup> So beispielsweise die Erklärung der DDR „zur Lage im Nahen Osten“, in: Außenpolitische Korrespondenz (herausgegeben von der Hauptabt. Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, künftig abgekürzt AK) 18/76, S. 137.

<sup>5)</sup> Vgl. Autorenkollektiv (Hrsg. Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), Außenpolitik der DDR — Sozialismus und Frieden, Berlin (O) 1974, S. 46—48.

<sup>6)</sup> Oskar Fischer, Frieden, Sicherheit und Völkerfreundschaft — Grundanliegen der Außenpolitik der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, in: Horizont 3/1976, S. 3 f., hier S. 3.

ren Verhalten? <sup>7)</sup> Was wissen wir über diese Außenpolitik, von ihren Zielen, Schwerpunkten, Problemen und Begründungszwängen? Gibt es eine DDR-spezifische Außenpolitik? Nach Heinz Heitzer ist die „konzeptionelle Orientierung“ aller Arbeiten, „die Entwicklung der DDR als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems“ <sup>8)</sup>. Wie wird dieser Ansatz in der DDR-Literatur eingelöst? Wie werden die Ost-West-Interaktionen (Kooperation, Konflikt, Koexistenz u. a.) interpretiert? Diesen und ähnlichen Fragen steht eine Forschungs- und Lehrsituation in der Bundesrepublik gegenüber, die die staatliche und internationale Evidenz der DDR nur unzulänglich verarbeitet hat. Ein buntes Gemisch von Ignoranz, wissenschaftlich wirksamen Vorurteilen und nicht zuletzt erkennbaren, wenn auch schwer definierbaren „Berührungspunkten“ sich sozialistisch verstehender Wissenschaftler führt dazu, daß die Erforschung der DDR-Außenpolitik immer noch ein Desiderat ist. Kurt Mattick hatte bereits 1973 darauf verwiesen und die Forschung aufgefordert, ihre Beiträge zum Verständnis der DDR-Außenpolitik zu liefern <sup>9)</sup>. Das Echo war jedoch gering. Dabei fehlt es nicht an Studien, die die deutsche Außenpolitik im singular generalis behandeln, d. h. deutsche Außenpolitik auf die Außenpolitik der Bundesrepublik reduzieren und allenfalls die Außenpolitik der DDR als Exkurs in den Blickwinkel nehmen <sup>10)</sup>. Selbst im neugebildeten Arbeitskreis „für vergleichende Deutschlandforschung“, der dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zugeordnet ist, spielt die Außenpolitik der DDR offenbar keine erkennbare Rolle. Die bei uns dadurch entstehenden

<sup>7)</sup> Erich Honecker hat in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ (künftig abgekürzt ND) v. 1. 11. 1973 auf die Frage nach den Unterschieden zwischen sozialistischer und imperialistischer Außenpolitik, d. h. zwischen DDR-Außenpolitik und Außenpolitik der Bundesrepublik, plakativ geantwortet: Der Unterschied liege darin, „daß wir uns von den Interessen der Arbeiterklasse und die regierenden Kreise in der BRD sich von den Interessen der Bourgeoisie leiten lassen“ (S. 4).

<sup>8)</sup> Heinz Heitzer, Stand und Aufgaben der Forschungsarbeit über die Geschichte der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) XXIII. Jg. (1975) H. 9, S. 989—1000, hier S. 991.

<sup>9)</sup> Kurt Mattick, Politische Forderungen an die DDR-Forschung, in: Deutschland-Archiv (abgekürzt DA) 6. Jg. (1973) H. 6, S. 585 f., hier S. 586.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu Paul Noack, Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart u. a. 1972, oder Hans-Peter Schwarz (Hrsg.) Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975 (mit einem (!) Beitrag zur DDR-Außenpolitik).

„Leer-Räume“ bleiben jedoch nicht leer, sondern werden ausgefüllt durch publizistische Produkte, bei denen so getan wird, als könnte man von einem breiten Fundus gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Außenpolitik der DDR ausgehen.

Aber auch die Arbeiten, die in der DDR über die DDR-Außenpolitik veröffentlicht worden sind <sup>11)</sup>, können nicht befriedigen, weil sie wegen des Fehlens der ideologiekritischen Komponente nicht erkenntnisbringend sind. Kennzeichnend für die einschlägige DDR-Literatur sind vier wiederkehrende Elemente:

1. Diese Literatur bemüht sich um den Nachweis, daß die *sozialistische* DDR eine *sozialistische* Außenpolitik betreibt, wobei Innen- und Außenpolitik der DDR eine „Einheit“ bilden, ohne die behaupteten *differentiae specificae* dieser Außenpolitik etwa zur „imperialistischen Außenpolitik“ empirisch faßbar und damit überprüfbar machen zu können.

2. Kennzeichnend ist auch das Bemühen, die Außenpolitik der DDR und die der sozialistischen Staaten als „friedlich“, „konstruktiv“ und „erfolgreich“ darzustellen, wobei nicht selten ein Nullsummen-Spiel herauskommt: Ereignisse und Entwicklungen, die die Positionen des „real existierenden Sozialismus“ verbessern, wirken sich „notwendig“ zuungunsten „des Imperialismus“ aus. So werden etwa Abstimmungssiege der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ in der UNO als Positionsgewinne „des Sozialismus“ und Positionsverluste „des Imperialismus“ kommentiert <sup>12)</sup>.

3. Die DDR-Literatur thematisiert weder den außenpolitischen Willens- und Entscheidungsprozeß der DDR noch die Frage nach dem Handlungsspielraum der DDR innerhalb der „sozialistischen Staatengemeinschaft“, insbesondere gegenüber der UdSSR. Problematisierungsversuche sind nicht erkennbar, außenpolitische Widersprüche werden eskamotiert.

4. Eine Auseinandersetzung mit der DDR-Literatur wird durch die Diktion, insbesondere durch die nichttransparente Beweis- und Gedankenführung der DDR-Autoren, erheblich

<sup>11)</sup> Vgl. beispielsweise W. Hänisch, Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Bd. 1 (1949—1955), Berlin (O) 1972 (Bd. 2 ist bislang nicht erschienen); Busse/Lingner, Die internationale Stellung der DDR (= Blickpunkt Weltpolitik), Berlin (O) 1974, oder die in Anm. 5 genannte Publikation.

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu Wilhelm Wurdak, Die XXIX. UN-Vollversammlung — ein Wendepunkt in der Geschichte der Vereinten Nationen, in: DAP 20. Jg. (1975) H. 3, S. 346—377.

erschwert. So wird häufig nicht klar, ob die DDR-Wissenschaftler auf der „Erscheinungsebene“ oder auf der „Wesensebene“ argumentieren. Zwei durchaus repräsentative Beispiele sollen dies hier illustrieren:

*„Die Zielstellung, von der sich die DDR und die anderen sozialistischen Bruderländer bei der Koordinierung ihres außenpolitischen Vorgehens leiten lassen, ergibt sich aus den im Wesen (Herv. WB) übereinstimmenden Aufgaben ihrer Außenpolitik.“<sup>13)</sup>*

Dieses behauptete Wesen wird jedoch nicht herausgearbeitet, sondern mit dem tautologischen Hinweis auf die „wesensgemäße“ Übereinstimmung sozialistischer Staaten „begründet“.

Beim folgenden Zitat wird nicht ersichtlich, ob hier das „Wesen“ oder die „Erscheinung“ zum Ausdruck kommen soll:

*„Die Außenpolitik der DDR ist deshalb erfolgreich, weil in ihr die sozialistischen Interessen und Ziele der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ... umfassend verwirklicht werden.“<sup>14)</sup>*

In dieser Präsentation handelt es sich um unwiderlegbare Aussagen, die mit Popper „metaphysisch“ genannt werden können<sup>15)</sup>. Ihr Aussagewert ist gering.

Aus diesem knappen Überblick erklärt sich das Ziel des vorliegenden Aufsatzes: Angestrebt werden Kenntnisse über Prämissen, Bedingungen, Ziele und Manifestationen der DDR-Außenpolitik, die exemplarisch zum Verständnis „sozialistischer Außenpolitik“ führen sollen. Dabei geht es um die wichtigsten Argumentationsfiguren, mit denen die DDR-Außenpolitik von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) begründet wird. Was heißt „friedliche Koexistenz“, was „sozialistischer Internationalismus“? Wie werden diese beiden zentralen außenpolitischen Strukturprinzipien in ihrem Verhältnis zueinander dargestellt? Welche Bestimmungsfaktoren und Bestimmungsgründe für das außenpolitische Verhalten der DDR können festgestellt werden? Nicht zuletzt richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Probleme, die sich der DDR im Spannungsfeld von formalisierter Koexistenz, sachbezogener (ökonomischer) Kooperation, systematischer Abgrenzung und komplexer sozialistischer Integration stellen.

<sup>13)</sup> Autorenkollektiv (Anm. 5), S. 72.

<sup>14)</sup> Autorenkollektiv (Anm. 5), S. 46.

<sup>15)</sup> K. R. Popper, Logik der Forschung, Tübingen 1966, S. 40.

Die DDR-Außenpolitik ist zunächst als Forschungs- und Darstellungsgegenstand „unhandlich“. Was heißt Außenpolitik? Die Frage nach dem Begriff reflektiert eine gewisse Unklarheit in der Sache, auf die die westliche

## INHALT

- I. Einleitung und Problemstellung
- II. Die SED als Träger der DDR-Außenpolitik
  1. Situationsanalyse der SED bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik
    - a) Das Zwei-Linien-Theorem der SED
    - b) Die Kategorie des „internationalen Kräfteverhältnisses“
    - c) Die Anpassungsthese
  2. Außenpolitische Ziele der DDR und ihre Mittel
- III. Das außenpolitische Strukturprinzip „friedliche Koexistenz“
- IV. Das außenpolitische Strukturprinzip „sozialistischer Internationalismus“
  1. Begriffsbestimmende Merkmale des „sozialistischen Internationalismus“
  2. Das Verhältnis der DDR zur UdSSR — Die Thälmann-Renaissance
  3. Sozialistischer Internationalismus und friedliche Koexistenz — ein Verhältnis der Über- oder Unterordnung?
- V. Das „antiimperialistische Bündnis“ als Ausdrucksform des proletarischen Internationalismus  
Zusammenfassung
- VI. Einige Anwendungsfelder der DDR-Außenpolitik
  1. Die UNO-Politik der DDR
  2. Der europäische Bezugsrahmen — Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE)
  3. Militärische Ergänzung der politischen Entspannung (MBFR)
- VII. Bestimmungsfaktoren der DDR-Außenpolitik
- VIII. Die Außenpolitik der DDR nach dem IX. Parteitag

Forschung der letzten Jahre immer wieder aufmerksam gemacht hat: Erschöpft sich Außenpolitik „nur“ im Austausch von Kommunikations, in Besuchen anderer Länder, in Verträgen mit anderen Staaten? Ist der Akteur immer „nur“ der Staat, oder können auch „andere“ Außenpolitik machen? Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Außenpolitik heute sowohl in der „sozialistischen“ wie in der

„westlichen“ Literatur (mit unterschiedlicher Terminologie) als ein komplexer und komplizierter *Prozeß* verschieden stark aufeinander wirkender, jedoch interdependenter Faktoren begriffen wird, die sowohl in der Struktur einer bestimmten Gesellschaftsordnung als auch außerhalb dieser liegen<sup>16)</sup>. Dies ist jedoch *keine* Definition von Außenpolitik, sondern reflektiert lediglich das umfassende Verständnis von Vorgängen, die mit dem allzu flächigen Begriff „Außenpolitik“ bezeichnet werden.

Damit die DDR-Außenpolitik einer wissenschaftlichen Analyse zugänglich gemacht werden kann, brauchen wir einen dem Gegenstand angemessenen Zugang. Doch auch hier stellen sich einige methodische Probleme. Hier soll nicht zum wiederholten Male die Diskussion über Methodenfragen der DDR-Forschung reproduziert werden<sup>17)</sup>. Nur soviel: Es haben sich einige methodische Ansätze bei der Erforschung der DDR als unzulänglich und methodisch fragwürdig erwiesen<sup>18)</sup>. Als wissenschaftlich fruchtbar und methodisch „sauber“ können jene Analysen bezeichnet werden, die ihren Ausgangspunkt im erklärten *Selbstverständnis* der DDR-Führung haben. Dieses Selbstverständnis allein reicht jedoch zur Erklärung der DDR-Außenpolitik

nicht aus. Als Strukturierungshilfe, mit der die DDR-Außenpolitik empirisch-deskriptiv in ihre „Einzelteile“ zerlegt werden kann, erweist es sich aber als brauchbar. In einem ideologiekritischen Verfahren<sup>19)</sup> sollte das Selbstverständnis jeweils mit der empirischen Evidenz konfrontiert werden. Daß das erklärte Selbstverständnis nicht in jedem Fall der Wirklichkeit konfrontierbar ist, liegt nicht an der Wirklichkeit oder an dem, der dies versucht, sondern daran, daß das Selbstverständnis als *Wesensaussage* (s. o.) formuliert ist.

Der Verfasser hat nicht den Ehrgeiz, die DDR-Außenpolitik im Rahmen dieses Beitrages in all ihren Facetten ausführlich und materialgestützt zu analysieren. Das Ziel ist eine problembezogene Orientierung, die zum Verständnis der Bedingtheiten, der Ziele und Begründungszwänge der DDR-Außenpolitik führen soll. Der Schwerpunkt dieser Darstellung liegt auf der systematisch-deskriptiven Analyse ihrer zentralen außenpolitischen Strukturprinzipien und wichtigsten Anwendungsfelder. Die deutsch-deutschen Beziehungen als Anwendungsfall der „friedlichen Koexistenz“ (aus der Sicht der DDR) sollen in ihren rechtlichen, ökonomischen und politischen Aspekten hier unberücksichtigt und einer separaten Studie vorbehalten bleiben.

## II. Die SED als Träger der DDR-Außenpolitik

Faßt man DDR-Außenpolitik als eine *input-output*-Beziehung, so wissen wir wenig über den *input* (Informationskapazität, was wird

verarbeitet, wie wird es verarbeitet, wer entscheidet wann). Über den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß innerhalb der DDR sowie innerhalb der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gibt es im Grunde genommen nur Spekulationen (plausible und weniger plausible). Allenfalls läßt sich der *output* beschreiben, wenn man hier die Bezugsgröße „Verhalten der DDR“ in der internationalen Politik und gegenüber bestimmten Ereignissen heranzieht.

Es ist wahrscheinlich, daß es hier keine „direkte Linie“ zwischen dem, was man als *input* umschreiben und als *output* beschreiben kann, gibt. Auch bei der Identifikation von Bestimmungsfaktoren, also den Einflußgrößen auf den Entscheidungsprozeß bzw. auf die Verhaltenskonstanz oder Verhaltensänderungen der DDR, tut sich die westliche For-

<sup>16)</sup> Zum Außenpolitikbegriff der DDR vgl. Peter Florin, Die internationale Position und die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik, in: DAP 15. Jg. (1970) H. 4, S. 517—531, hier S. 517: „Die Außenpolitik umfaßt die Gesamtheit der politischen, diplomatischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen und rechtlichen Beziehungen zwischen Staaten.“

<sup>17)</sup> Im „Deutschland-Archiv“ gibt es seit ungefähr drei Jahren eine intensive Diskussion über diese Methodenfragen. Nach Erscheinen des hervorragenden DDR-Handbuches (Wissenschaftliche Leitung P. C. Ludz unter Mitwirkung von Johannes Kuppe), Köln 1975, kam es zu einer heftigen Polemik. Ludz und Kuppe haben in Heft 9/76 des Deutschland-Archivs (S. 925—941) ihren Ansatz deutlich gemacht. Was bei Ludz und Kuppe „Immanenz-Methode“ genannt wird, ist im wesentlichen der Versuch, vom Selbstverständnis der DDR auszugehen.

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu Wilhelm Bruns, Richtungen und Probleme der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: DA 6. Jg. (1973) H. 6, S. 594 bis 598.

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Reinbek 1969, insbes. S. 16—18.

schung schwer. Die Gründe liegen darin, daß die DDR-Führung sorgfältig den Schleier der Geheimhaltung über alle Entscheidungsvorgänge legt.

Es kann als wissenschaftlich gesichert gelten, daß die vier neben der SED in der DDR existierenden Parteien (CDU, LDPD, NDPD und DBP) nicht am außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß der DDR beteiligt sind. Inwieweit es gerechtfertigt ist, die Frage nach dem außenpolitischen Entscheidungsprozeß nicht nur auf die SED, sondern auf das Politbüro der SED zu reduzieren, hat Anita Dasbach-Mallinckrodt in einer Studie herausgearbeitet<sup>20</sup>). Der Tatbestand, daß die DDR-Außenpolitik zur Prerogative der SED (Politbüro) gehört, braucht im übrigen nicht empirisch ermittelt zu werden, er wird durch die DDR-Verfassung sanktioniert<sup>21</sup>). In allen einschlägigen DDR-Veröffentlichungen erscheint die Führungsrolle der SED, die mit ihrer „Avantgarde-Funktion“ begründet wird<sup>22</sup>), etwa so: *„Die Grundsätze, Ziele und Aufgaben unserer Außenpolitik werden von der SED, der führenden Kraft in der DDR, ausgearbeitet, die auch ihre Verwirklichung organisiert.“*<sup>23</sup>)

## 1. Situationsanalyse der SED bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik

Von welcher erkennbaren Situationsanalyse geht die SED bei ihrer Gestaltung der DDR-Außenpolitik aus? Wie perzipiert und strukturiert sie die internationalen Beziehungen?

<sup>20</sup>) Anita Dasbach-Mallinckrodt, *Wer macht die Außenpolitik der DDR? Apparat, Methoden, Ziele*, mit einem Nachwort von Hermann Weber, Düsseldorf 1972. Diese Studie kann als erste systematische Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der DDR überhaupt bezeichnet werden.

<sup>21</sup>) So in Artikel 1,1 der veränderten DDR-Verfassung von 1968, die seit dem 7.10. 1974 gültig ist.

<sup>22</sup>) Vgl. Hänisch (Anm. 11), S. 8. In einem verfassungsrechtlichen Aufsatz von S. Petzold/G. Schüller, *Das neue Gesetz über den Ministerrat der DDR — schöpferische Anwendung der Leninschen Staatslehre*, in: *Staat und Recht* 21. Jg. (1972) H. 12, S. 1840—1854, heißt es: „Der von Lenin entwickelte Grundsatz, nach dem keine einzige wichtige politische oder organisatorische Frage von irgendeiner staatlichen Institution ohne Direktiven des Zentralkomitees der Partei entschieden wird, liegt der gesamten staatlichen Tätigkeit in der DDR zugrunde“ (S. 1842).

<sup>23</sup>) So Harry Ott, *Zum Klassencharakter der Außenpolitik der DDR*, in: *DAP* 17. Jg. (1972) H. 3, S. 421—430, hier S. 421.

Diese Fragen sollen zunächst zusammenfassend beantwortet werden, bevor die außenpolitischen Ziele und die für die DDR-Außenpolitik bestimmenden Strukturprinzipien beschrieben werden.

### a) Das Zwei-Linien-Theorem der SED

Als stets wiederkehrende Argumentationsfigur taucht in DDR-Publikationen und Reden führender SED-Politiker eine Erscheinung auf, die hier mit dem Zwei-Linien-Theorem bezeichnet werden soll: *„Soviel zeigt die internationale Szene: Gegenwärtig gibt es einerseits Fortschritte auf dem Gebiet der Entspannung; andererseits müssen alle Resultate der Entspannung entschieden gegen ihre Widersacher erkämpft werden, um diesen Prozeß unumkehrbar zu machen.“*<sup>24</sup>)

Einerseits wird davon gesprochen, daß die „Entspannung zur Grundtendenz der internationalen Entwicklung wurde“, andererseits wird vor „Entspannungsfeinden“ gewarnt, die „wesensgemäß“ im „Imperialismus“ lokalisiert werden. Anlässlich der 13. Tagung der SED (Dezember 1974) haben Honecker, Axen und der stellvertretende Verteidigungsminister Keßler die für das Zwei-Linien-Theorem bestimmenden Argumentationslinien vorgezeichnet<sup>25</sup>):

1. Axen beginnt mit der These, daß die friedliche Koexistenz „eine grundsätzliche Linie“ der DDR-Außenpolitik „gegenüber den kapitalistischen Staaten“ sei. *„Solange Sozialismus und Imperialismus nebeneinander bestehen, bleibt der Klassenkampf zwischen ihnen unvermeidlich...“*<sup>26</sup>).

2. Um dieses Nebeneinander „friedlich“ zu gestalten, müsse „der Imperialismus“, der seinem „Wesen nach aggressiv“ sei, gezwungen werden, sich an die von der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ vorgezeichnete Linie anzupassen (Anpassungsthese).

3. Für den Anpassungszwang nennt Axen im wesentlichen drei Gründe:

— Die „Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses auf militärischem Gebiet zugunsten des Sozialismus“.

— Der Imperialismus sei bei seiner Absicht gescheitert, „den Sozialismus durch den Rü-

<sup>24</sup>) Otto Reinhold, *Zur gegenwärtigen Politik imperialistischer Kreise*, in: *ND* 14./15. 6. 1975, S. 10.

<sup>25</sup>) Hermann Axen, *Friedliche Koexistenz ist unsere grundsätzliche Linie*, in: *ND* 14. 12. 1974, S. 7.

<sup>26</sup>) Ebenda.

stungswettlauf nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch in die Knie (zu) zwingen“.

— Die Kooperationsbereitschaft der kapitalistischen Staaten gegenüber der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gehe auf die „außerordentliche Zunahme der ökonomischen Krise des Kapitalismus“ zurück, die „objektiv“ eine Orientierung auf den Ausbau der „Beziehungen zum krisenfreien, an Energiequellen und Rohstoffen reichen sozialistischen Weltmarkt“ erforderlich mache.

Fazit Axens: „Die Anpassung ist die eine Linie in der Außenpolitik des Imperialismus“.

4. Als zweite Linie werden von der SED „verstärkte Versuche“ gesehen, „die Entspannung aufzuhalten und rückgängig zu machen“, denn die „aggressivsten reaktionären Kreise des Monopolkapitals wollen sich nicht mit der veränderten Weltlage abfinden“.

Axen spricht zwar auch weiterhin von „erzreaktionären Gruppen des Finanzkapitals, Latifundisten, Faschisten...“. Es fällt jedoch auf — im Gegensatz zu den fünfziger und frühen sechziger Jahren —, daß die „Entspannungsfeinde“ anonymisiert werden. Ferner ist zu registrieren, daß kaum präzisiert wird, welche Tatbestände den „Entspannungsfeinden“ zugeordnet werden. So meinte Stoph, man könnte an „bestimmten Aktivitäten von Entspannungsgegnern nicht vorübergehen“<sup>27)</sup>, ohne diese „Aktivitäten“ präzise zu bestimmen. Honecker warnt vor „verstärkten Aktivitäten jener Kreise, die Europa erneut in den Zustand des ‚kalten Krieges‘ zurückwerfen möchten.“ Ohne „diese Kreise“ exakt zu qualifizieren, rechnet Honecker ihnen alles Negative zu und macht sie für den auch von ihm für nicht ausreichend gehaltenen Stand der europäischen Beziehungen verantwortlich<sup>28)</sup>.

5. Als Gesamtergebnis seiner Analyse stellt Axen als Repräsentant der SED fest: „Die Hauptrichtung in der imperialistischen Außenpolitik ist auf Grund des Kräfteverhältnisses die der Anpassung, die des realistischeren Herangehens an die internationale Lage, eines zwar widerstrebenden, doch sich fortsetzenden Eingehens auf die Politik der friedlichen Koexistenz.“<sup>29)</sup>

Die zwei Tendenzen (Linien), die der „Aggression, der Reaktion und des Faschismus“

<sup>27)</sup> Willi Stoph zum Jahreswechsel 1974/75, in: AK 3. 1. 1975, S. 1 f., hier S. 2.

<sup>28)</sup> Erich Honecker in Karl-Marx-Stadt, zitiert nach: AK 43/76, S. 340 f., hier S. 341.

<sup>29)</sup> Axen (Anm. 25).

und die der „Anpassung“ in der Außenpolitik „imperialistischer Staaten“ (dazu zählt die SED auch die Bundesrepublik), sind nach Axen „im ständigen Kampf miteinander und wirken tagtäglich auf die imperialistischen Regierungen und deren Repräsentanten ein“<sup>30)</sup>.

Dieses hier in seinen Grundzügen kurz referierte *Zwei-Linien-Theorem* der SED ist ihre Strukturierungshilfe gegenüber der internationalen Politik mit exakt benennbarer Rechtfertigungsfunktion, die ihre Bedeutung insbesondere aus innenpolitischen Gründen erhält<sup>31)</sup>. SED-Funktionäre können mit diesem Zwei-Linien-Theorem recht disparate Tatbestände integrieren: So kann die diplomatische Entspannung, die Bereitschaft zur „forcierten Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern“<sup>32)</sup> mit der Forderung nach „hoher Gefechtsbereitschaft“ der Nationalen Volksarmee (NVA)<sup>33)</sup> und mit Aufrufen zur verstärkten ideologischen Abgrenzung vereinbart werden.

#### b) Die Kategorie des „internationalen Kräfteverhältnisses“

Zur Kennzeichnung der internationalen Politik und in Ergänzung des Zwei-Linien-Theorems wird die Kategorie des „Kräfteverhältnisses“ und die damit korrespondierende Anpassungsthese gebraucht: „In unserer Zeit hat sich das Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des Sozialismus verschoben. Immer weniger kann der Imperialismus den Lauf der Welt nach seinem Willen lenken. Immer

<sup>30)</sup> Hermann Axen, Sozialismus und revolutionärer Weltprozeß. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin (O) 1976, S. 357.

<sup>31)</sup> Der SPIEGEL berichtet über Schwierigkeiten von SED-Schulungsleitern, die ihren Ausdruck in der Frage fanden: „Warum eigentlich, wollten Genossen bei einer SED-Versammlung im Bezirk Frankfurt/Oder wissen, sollte ausgerechnet der kriegslüsterne Imperialismus zur friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus bereit sein?“, in: Der SPIEGEL Nr. 45/74, S. 49—52, hier S. 49.

<sup>32)</sup> W. Jarowsky auf der 13. Tagung des ZK der SED, in: ND 15. 12. 1974, S. 3.

<sup>33)</sup> Heinz Keßler, in ND 15. 12. 1974, S. 5. Die immer wieder von der NVA geforderte „hohe Einsatzbereitschaft“ ist nach Auffassung der SED unter den Bedingungen der Entspannung keineswegs anachronistisch, sondern eine Notwendigkeit, denn — so heißt es in einem Kommentar zur 13. Tagung des ZK der SED im ND (15. 12. 1974, S. 1) —: Wir „müssen auf jähe Wendungen in der Lage vorbereitet sein. An unsere Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft sind deshalb hohe Anforderungen gestellt.“



mehr bestimmt der Sozialismus die Linie der politischen Entwicklung.“<sup>34)</sup>

Wegen des von der SED hervorgehobenen Stellenwertes des „Kräfteverhältnisses“ ist jede Analyse der DDR-Außenpolitik darauf verwiesen, die analytische Aussagekraft dieser Kategorie zu prüfen. Nach der Tragfähigkeit der Kategorie des „Kräfteverhältnisses“ soll auch deshalb gefragt werden, um hier exemplarisch zeigen zu können, wie sich die „tiefgründige marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen internationalen Situation“<sup>35)</sup> konkretisiert.

Zunächst kann davon ausgegangen werden, daß das „Kräfteverhältnis“ eine quantitative und eine qualitative Komponente aufweist. Wird bei der Feststellung, daß sich das „internationale Kräfteverhältnis“ nach 1945 gewandelt habe<sup>36)</sup>, auf eine quantitative Komponente abgehoben, wäre ein Konsens möglich. Der Hinweis auf die Vielzahl neuer (staatlicher) Akteure und auf Veränderungen in der außenpolitischen Orientierung einiger Staaten mag hier genügen. Doch die DDR-Autoren arbeiten durchgängig mit dem Begriff „Kräfteverhältnis“ in seiner qualitativen Komponente. So werden beispielsweise Abstimmungen in der UNO als „grundlegende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Verfechter des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus“<sup>37)</sup> kommentiert. Unabhängig vom jeweiligen Kontext tritt das internationale Kräfteverhältnis in der DDR-Literatur in seiner in-

haltlich-qualitativen Komponente in Erscheinung. Es ist stets von einem Kräfteverhältnis „zugunsten des Sozialismus und des Friedens“ die Rede.

Eine inhaltliche Qualifizierung des „internationalen Kräfteverhältnisses“ zugunsten des „Friedens und des Sozialismus“ wäre dann analytisch sinnvoll, wenn sich die DDR-Wissenschaftler eingehend mit den Gesellschaftsordnungen beschäftigten, die dieses „Kräfteverhältnis“ bilden. Ein Vorgehen, das die jeweiligen Gesellschaftsordnungen auf den Begriff brächte, wäre auch vom Selbstverständnis der DDR her geboten, denn die Außenpolitik eines Staates ist nach DDR-Diktum die Fortsetzung der Innenpolitik, d. h., der „Charakter“ der Außenpolitik wird im wesentlichen von der jeweiligen Gesellschaftsordnung bestimmt<sup>38)</sup>. Der summarischen Feststellung vom neuen Kräfteverhältnis „zugunsten des Friedens und des Sozialismus“ folgt jedoch keine derartige Analyse. Die Frage, ob es zulässig ist, ein so heterogenes Kräftefeld, wie es heute von den über 150 Staaten der Welt gebildet wird, mit der Formel „zugunsten des Friedens und des Sozialismus“ inhaltlich zu qualifizieren, wird in der gesamten DDR-Literatur nicht gestellt<sup>39)</sup>. Bereits ein cursorscher Blick auf dieses „Kräftefeld“ zeigt die Fragwürdigkeit der in der DDR-Literatur vorgenommenen inhaltlichen Qualifizierung: Uganda wird als „aufstrebendes Land am Viktoria Nyanza“<sup>40)</sup>, Äthiopien als „uraltes Land des Königs der Könige“<sup>41)</sup> oder Marokko als „ein Land großer natürlicher Reichtümer“<sup>42)</sup> im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ (ND) vorgestellt. Ein ähnlich „marxistisch-leninistisches“ Porträt findet sich im ND über Spanien<sup>43)</sup>. Nur mit derartigen „Porträts“ läßt

<sup>34)</sup> So der Chefredakteur des ND und Kandidat des Politbüros der SED Günter Kertzsch, Frieden als Utopie und Wirklichkeit, in: ND 10./11. 5. 1975, S. 9.

<sup>35)</sup> Erich Honecker in einem Interview mit dem ND v. 1. 11. 1973, S. 3 f., hier S. 3.

<sup>36)</sup> Dies zeigt schon ein Blick auf die Mitgliederzahl der UNO. Waren es 1945 51 Staaten, so sind es Ende 1976 147 Länder, die Mitglieder der Weltorganisation sind. „Neu“ an diesem Kräftefeld ist, daß die etwa 110 Entwicklungsländer innerhalb der UNO keine Manövriermasse des US-State-Department sind, wie dies noch für die fünfziger Jahre festgestellt werden konnte. Das Eingeständnis, daß die USA heute einen bemerkenswert geringen Einfluß auf die Entwicklungsländer haben, findet sich etwa beim ehemaligen UNO-Botschafter der USA, Daniel P. Moynihan, The United States in Opposition, in: Commentary Vol. 59, No. 3 (March 1975), pp 31—44. Doch solche Feststellungen sagen allenfalls etwas über die quantitative Komponente des „neuen Kräfteverhältnisses“ aus.

<sup>37)</sup> Wilhelm Wurdak, — Die XXIX. UNO-Vollversammlung — ein Wendepunkt in der Geschichte der Vereinten Nationen, in: DAP 20. Jg. (1975) H. 3, S. 346—377, S. 346.

<sup>38)</sup> Peter Florin (Anm. 16), S. 517: „Ihr Inhalt (bezogen auf die Außenpolitik, WB), ihr Charakter und ihre Methoden werden durch die sozialökonomische Ordnung des betreffenden Staates, durch die Interessen der jeweils herrschenden Klasse bestimmt“.

<sup>39)</sup> Nachdem bereits seit einigen Jahren die Kategorie des „Kräfteverhältnisses“ gebraucht wurde, versucht Alexander Martin, Kriterien des internationalen Kräfteverhältnisses, in: DAP 20. Jg. (1975) H. 11, S. 1688—1710, zum erstenmal auf methodische Probleme einzugehen. Tenor: „Das internationale Kräfteverhältnis ist allerdings eine äußerst komplizierte Kategorie“ (S. 1688). Diese Kompliziertheit fand jedoch bisher keinen Eingang in Kommentierungen der internationalen Lage.

<sup>40)</sup> ND 7. 1. 1973, S. 6.

<sup>41)</sup> ND 2. 2. 1973, S. 6.

<sup>42)</sup> ND 31. 12. 1972, S. 6.

<sup>43)</sup> ND 13. 1. 1973, S. 6. Die Beispielkette ist mühe-los zu verlängern.

sich eine solche Formel vom „veränderten Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens und des Sozialismus“ formulieren. Die hier herausgearbeitete und sicher noch ausführlicher dokumentierbare Verwendung der Kategorie des „internationalen Kräfteverhältnisses“ in der DDR-Literatur widerspricht geradezu der Forderung Lenins: „Unsere Stärke liegt in der völligen Klarheit und Nüchternheit der Einschätzung aller vorhandenen Klassengrößen...“<sup>44)</sup>.

### c) Die Anpassungsthese

Mit der Verwendung des „veränderten Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus“ als einer zentralen Kategorie in der DDR-Literatur korrespondiert die Anpassungsthese: „Das Wesen des Anpassungsprozesses ist das imperialistische Reagieren auf das zugunsten des Sozialismus sich wandelnde Kräfteverhältnis in der Welt.“<sup>45)</sup> Mit der aus dem „Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus“ abgeleiteten Anpassungsthese soll offensichtlich die Ost-West-Entwicklung seit 1969 interpretiert und den DDR-Bürgern „erklärt“ werden. So wird die „neue Ost-Politik“ der sozialliberalen Koalition, die ihren Ausdruck in den Ostverträgen von 1970, im Grundvertrag mit der DDR sowie im Vertrag mit der ČSSR fand, als ein „Anpassungsvorgang des Imperialismus“ kommentiert. Die Verwendung der Anpassungsthese ist erforderlich, weil der Imperialismus „von sich aus“ zu einer „echten“ Entspannungspolitik unfähig ist, ist er doch seinem „Wesen“ nach auf „Aggression“ und „Krieg“ ausgerichtet.

Entspannungsschritte des Westens können per definitionem nicht auf die Friedensliebe westlicher Staaten zurückgeführt werden, sondern müssen in der Argumentation der SED als Anpassungsprozeß an das von der UdSSR initiierte „Kräfteverhältnis“ gedeutet

<sup>44)</sup> Lenin-Werke (LW) Bd. 32, Berlin (O) 1961, S. 375. Der „bürgerlichen Wissenschaft“ wird in der Regel unterstellt, daß sie „bei der Analyse der internationalen Lage und folglich auch bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Weltarena“ den „Klassencharakter der Außenpolitik“ ignoriere, so S. P. Sanakojew, Das Kräfteverhältnis in der Welt von heute, in: Horizont 5/1975, S. 8 f., hier S. 8. In der DDR-Literatur wird zwar durchweg der „Klassencharakter der Außenpolitik“ behauptet, in die analytische Bewertung des „Internationalen Kräfteverhältnisses“ geht die Behauptung jedoch nicht ein.

<sup>45)</sup> Siegfried Schwarz, Imperialistische Außenpolitik im Zwang zur Anpassung, in: DAP 20. Jg. (1975) H. 1, S. 65—80, hier S. 68.

werden. „Friedensliebe“ wird allein den sozialistischen Staaten zugeordnet, denn — so lautet hier die „Wesens“-Aussage —: „Frieden und Sozialismus gehören zusammen“<sup>46)</sup>, wobei „Sozialismus“ stets mit dem „real existierenden Sozialismus“ identifiziert wird.

Auffallend an der von der DDR seit Ende der sechziger Jahre propagierten Anpassungsthese ist zweierlei:

1. Die Anpassungsthese wird sehr undifferenziert verwendet und nicht empirisch, etwa durch Fallstudien, fundiert. Der Grund dürfte darin zu sehen sein, daß empirische Fallstudien — beispielsweise zum Berlin-Abkommen oder zum Grundvertrag — ein viel differenzierteres Bild vom Verlauf der Ost-West-Beziehungen erbrächten. Zumindest in zwei Fällen kann davon ausgegangen werden, daß es die DDR war, die sich der internationalen Entwicklung anpassen mußte<sup>47)</sup>.

2. Es wird in der DDR zwar häufig von der militärischen Überlegenheit der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gesprochen<sup>48)</sup>, doch zu fragen wäre: Haben sich die Warschauer Vertragsstaaten an dem von ihnen heftig kritisierten „Wettrüsten“ so beteiligt, daß sie nun „überlegen“ sind, ohne wiederum diese „Überlegenheit“ etwa mit Blick auf die laufenden MBFR-Verhandlungen in Wien quantifizieren zu wollen? Wie läßt sich die von der DDR hervorgehobene Notwendigkeit weiterer Aufrüstung mit einem konstatierten „Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus“ rechtfertigen? Begründungsdefizite sollen offenbar durch das oben analysierte Zwei-Li-

<sup>46)</sup> So Harry Tisch, Kurs auf Sicherheit tatkräftig fördern, in: AK 28/1975, S. 217—219, hier S. 218.

<sup>47)</sup> Vgl. hierzu etwa Gerhard Wettig, Fallstudien zum Verhältnis Sowjetunion und DDR (VII): Die Aushandlung der Berlin-Regelung 1971, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 7/1974. Siehe auch Dieter Mahncke, Berlin im geteilten Deutschland, München/Wien 1973, hier insbes. S. 109—115. Zum Zusammenhang von Grundvertrag und UNO-Aufnahme der DDR und dazu, daß sich die Bundesregierung gegen den Willen der DDR durchsetzte, vgl. Wilhelm Bruns, die UNO-Politik der DDR, in: Die neue Gesellschaft 20. Jg. (1973), S. 669—673.

<sup>48)</sup> Honecker-Interview im ND v. 1. 11. 1973, S. 3 f., hier S. 3. „Wenn die Imperialisten meinen, daß die Überlegenheit des Warschauer Vertrages größer geworden ist, so stimmt das zweifellos“, so die Kommentierung von drei DDR-Militärs zum „Verteidigungsweißbuch“ der Bundesregierung 1973/1974, in: ND 20. 2. 1974, S. 4 f., hier S. 4. Soweit erkennbar, wird hier zum erstenmal explizit von einer militärischen Überlegenheit des Warschauer Paktes in der DDR-Publizistik gesprochen.

nien-Theorem der SED verschleiert werden. Nur mit dem nicht näher erläuterten Hinweis auf die „aggressiven Kreise“ des Imperialismus kann die militärische Rüstung des Warschauer Vertrages legitimiert werden.

## 2. Außenpolitische Ziele der DDR und ihre Mittel

In der westlichen Außenpolitikforschung wird die Notwendigkeit einer Unterscheidung von „Zielen“, „Instrumenten“ und „Mitteln“ hervorgehoben<sup>49)</sup>. Die bisherige Diskussion über diese Frage läßt sich dahin gehend zusammenfassen, daß es methodisch schwierig ist, a priori und verallgemeinernd festzustellen, welches außenpolitische Verhalten sich unter den Begriff „Ziel“ und welches sich unter den Begriff „Instrument“ bzw. „Mittel“ subsumieren läßt. Die Existenz einer Armee oder die Anwendung der Diplomatie dürften kaum als außenpolitisches Ziel identifiziert werden können. Schwieriger wird es schon bei der Frage, ob beispielsweise der Außenhandel „Ziel“ oder „Instrument“ von „Außenpolitik“ ist<sup>50)</sup>. So könnte man durchaus argumentieren, daß die Außenpolitik darauf abgestellt ist, den Außenhandel zu verbessern. Mit der gleichen Berechtigung ließe sich auch folgern, daß der Außenhandel instrumentale Bedeutung für die Erreichung bestimmter außenpolitischer Ziele hat.

Um „Ziele“ von „Instrumenten“ bzw. „Mitteln“ zu unterscheiden, müßten außenpolitische Verhaltensweisen und Absichtserklärungen

hierarchisiert werden mit der Folge, daß nur eines als Ziel festzustellen wäre, von dem sich das andere (Instrumente und Mittel) ableiten ließe. Im Falle der DDR wären die „günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus“<sup>51)</sup> als sozialistisches Basisziel zu identifizieren. Von diesem außenpolitischen Ziel hier erhalten andere von der SED genannte „Ziele“ (wie etwa die „friedliche Koexistenz“) den Rang von „Instrumenten“ bzw. „Mitteln“. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, worin denn die SED die „günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus“ sieht?

Antworten sind schwer zu finden. Nach Paul Markowski bestehen „Sinn und Ziel der Außenpolitik der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft darin, alles zu tun, um den Weltfrieden zu erhalten, das Kräfteverhältnis in der Welt ununterbrochen weiter zugunsten des Sozialismus zu verändern, um die Positionen des Imperialismus zu schwächen...“<sup>52)</sup>.

In der einschlägigen DDR-Literatur sind Versuche, terminologisch und damit auch analytisch zwischen „Zielen“, „Instrumenten“ und „Mitteln“ zu unterscheiden, nicht erkennbar. Im folgenden sollen die außenpolitischen Strukturprinzipien, die von der DDR immer wieder genannt werden — „friedliche Koexistenz“, „sozialistischer (proletarischer) Internationalismus“ und „antiimperialistisches Bündnis“ —, als Mittel zur Erreichung des außenpolitischen Basiszieles verstanden werden.

## III. Das außenpolitische Strukturprinzip „friedliche Koexistenz“

Die DDR „tritt für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsord-

nung ein und pflegt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung die Zusammenarbeit mit allen Staaten“<sup>53)</sup>.

<sup>49)</sup> Vgl. beispielhaft Ernst-O. Czempiel, Außenpolitik und internationale Politik. Ansätze und Probleme, in: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Internationale Politik (= Bad Wildunger Beiträge) Bd. 4, Wiesbaden o. J. S. 12—31, hier insbes. S. 18 f.

<sup>50)</sup> Ekkehart Krippendorf, Die amerikanische Strategie, Frankfurt/M. 1970, zählt zu den sechs Instrumenten von Außenpolitik neben Diplomatie, Militär, Propaganda, Subversion, informale Aktivitäten auch die Wirtschaft (Außenhandel), S. 243.

<sup>51)</sup> Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. 2 Berlin (O) 1971, S. 292 f. Die SED weicht hier übrigens in der Beschreibung ihres Basiszieles von der gemeinsamen Aktionsgrundlage aller sozialistischer Staaten, dem „Frie-

densprogramm“ des 24. Parteitages der KPdSU (1971), ab, denn dort heißt es: „Die Ziele der sowjetischen Außenpolitik ... bestehen darin, ... günstige (!) internationale Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu sichern ...“ (Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, Moskau 1971, S. 8).

<sup>52)</sup> Paul Markowski, Die Gemeinsame Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft und die friedliche Koexistenz, in: DAP 18. Jg. (1973) H. 4, S. 773—790, hier S. 776.

<sup>53)</sup> Artikel 6 (3) der DDR-Verfassung in der Fassung vom 7. 10. 1974, hier zitiert nach: AK 40/1974. In der Fassung von 1968 fehlte der Begriff „friedliche Koexistenz“.

Das hier zum Verfassungsgrundsatz erhobene Strukturprinzip der DDR-Außenpolitik wird in seiner Relevanz immer wieder als „ein strategisches Prinzip sozialistischer Außenpolitik“<sup>54)</sup> hervorgehoben. Was versteht die DDR unter „friedlicher Koexistenz“? Zum Verständnis der Formel von der „friedlichen Koexistenz“ soll an dieser Stelle zusammenfassend festgehalten werden<sup>55)</sup>: „Friedliche Koexistenz“ bedeutet nach einer als autorisiert geltenden Definition „die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen von sozialistischen und kapitalistischen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten, der gegenseitigen Achtung ihrer Souveränität, der territorialen Integrität, der Nicht-einmischung in ihre inneren Angelegenheiten“<sup>56)</sup>.

Dieses Begriffsverständnis wird im weiteren „Kooperationsformel“ genannt. Zu dieser gehört ferner die „Entwicklung ökonomischer internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und die Lösung strittiger internationaler Fragen mit friedlichen Mitteln“<sup>57)</sup>.

Die Kooperationsformel ist jedoch nur die eine, auf die Beziehungen zwischen den Staaten abhebende Seite. Die Janusköpfigkeit des Begriffs ergibt sich daraus, daß er nicht nur Kooperationsbereitschaft signalisiert, sondern gleichzeitig eine Konfrontationserklärung enthält, denn „friedliche Koexistenz“ ist „eine spezielle Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf internationaler Ebene“<sup>58)</sup>.

Die Akzentuierung der „friedlichen Koexistenz“ als Klassenkampf wird im weiteren Konfrontationsformel genannt. Erich Honecker hat auf dem IX. Parteitag der SED (1976) die Gültigkeit dieser Konfrontationsformel für die Politik der DDR unterstrichen: *Friedliche Koexistenz bedeute „niemals Klassenfrieden zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Friedliche Koexistenz bedeutet weder die Aufrechterhaltung des sozialökonomischen*

*Status quo noch eine ideologische Koexistenz“*<sup>59)</sup>.

Thesenartig verkürzt und mit dem Hinweis auf die Arbeit des Verfassers soll festgehalten werden:

1. Friedliche Koexistenz ist ein Interaktionsmodus, der ausschließlich im Verhältnis zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen gilt.

2. Friedliche Koexistenz regelt nur die zwischenstaatlichen Beziehungen.

Daraus folgt zweierlei:

— Friedliche Koexistenz gilt *nicht* für die Beziehungen zwischen Staaten gleicher Gesellschaftsordnung, also nicht innerhalb der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ (hier soll erklärtermaßen das Prinzip des „sozialistischen Internationalismus“ Anwendung finden).

— Friedliche Koexistenz gilt *nicht* für die „gesellschaftliche Sphäre“. Sie gilt nicht für den Bereich der Ideologie.

3. Friedliche Koexistenz enthält unterscheidbare, je nach Kontext unterschiedlich stark akzentuierte Elemente: Die Kooperationsformel wird beispielsweise in der multilateralen Diplomatie hervorgehoben (UNO). Die Konfrontationsformel wird insbesondere in den deutsch-deutschen Beziehungen benutzt und hat offensichtlich eine beträchtliche Innenfunktion, damit die DDR-Bürger nicht auf den Gedanken kommen, daß intersystemare Kooperation auch Annäherung in anderen Bereichen als beispielsweise auf dem ökonomischen Gebiet bedeute. Kooperation und Konfrontation (Abgrenzung) erscheinen in der DDR-Literatur als siamesische Zwillinge. Hierzu eine durchaus repräsentative Textstelle: *„Zusammenarbeit und Auseinandersetzung sind zwei organisch miteinander verbundene Seiten der friedlichen Koexistenz. Wenn wir von einem Miteinander sprechen, so vergessen wir nicht, daß sich gleichzeitig ein objektiver, notwendiger Prozeß der Abgrenzung vollzieht.“*<sup>60)</sup>

<sup>54)</sup> Hartwig Busse/Werner Hänisch, *Friedliche Koexistenz — Grundprinzip der Außenpolitik der DDR*, in: DAP 19. Jg. (1974) H. 1, S. 18—39, hier S. 25.

<sup>55)</sup> Ausführlicher bei Wilhelm Bruns, *Friedliche Koexistenz. Ideologie und Außenpolitik kommunistischer Staaten*, Hamburg 1976.

<sup>56)</sup> Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (O) 1973<sup>2</sup>, S. 242.

<sup>57)</sup> Ebenda.

<sup>58)</sup> Ebenda.

<sup>59)</sup> Honecker auf dem IX. Parteitag der SED, in: ND 19. 5. 1976, S. 4.

<sup>60)</sup> Harald Neubert, *Der antiimperialistische Kampf und die Politik der friedlichen Koexistenz. Zur Strategie der kommunistischen Weltbewegung in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus*, Berlin (O) 1974, S. 23. Vgl. auch N. Lebedew, *Über den Klassencharakter der friedlichen Koexistenz*, in: *Einheit* 9/1975, 30. Jg., S. 1032—1039.

4. Die willkürlich anmutende Trennung von staatlicher und gesellschaftlicher Ebene ermöglicht es den kommunistischen Parteien, zum „ideologischen Klassenkampf“ aufzufordern und ihn aktiv zu unterstützen bei gleichzeitigem Plädoyer für eine Intensivierung staatlicher (diplomatischer) Zusammenarbeit.

5. Wenn es in der DDR-Literatur heißt, die „friedliche Koexistenz“ sei ohne Alternative, so ist dies zutreffend, soweit sie sich auf den Bereich bezieht, der mit Kooperationsformel bezeichnet wurde. Die Begründung ergibt sich aus den kollektiven Vernichtungsmöglichkeiten („over-kill“) sowohl der USA als auch der UdSSR. Ohne Alternative sind die für die Kooperationsformel konstitutiven Elemente wie Gewaltverzicht, Gebot zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten u. a. (im übrigen alles in der UNO-Charta geregelt und für alle UNO-Mitglieder verbindlich). Schließt „friedliche Koexistenz“ die Konfrontationsformel mit ein, so ist diese wegen des an anderer Stelle gezeigten Verständnisses von der Einbahnstraße im „ideologischen Klassenkampf“ nicht ohne Alternative<sup>61)</sup>. Es ist irreführend, den „Marxismus-Leninismus“ als „Friedensidee par excellence“<sup>62)</sup> den „bürgerlichen Ideen“ mit der Verherrlichung von Krieg und Gewalt gegenüberzustellen.

6. Nach Auffassung der DDR sind „friedliche Koexistenz“ und „Entspannung“ Begriffe, die im wesentlichen das Gleiche bezeichnen<sup>63)</sup>.

7. Entscheidend für die Rezeption der „friedlichen Koexistenz“ ist ihre dreifache Begrenzung, die sie durch ihre Interpreten erfährt:

— Sie ist zeitlich befristet: *„Die friedliche Koexistenz kann nicht ewig sein.“ Sie gelte nur solange, bis der „Sozialismus im Weltmaßstab“ gesiegt habe*<sup>64)</sup>.

<sup>61)</sup> Vgl. Bruns (Anm. 55), insbes. S. 18—23.

<sup>62)</sup> So Wolfram Neubert, Ideologischer Kampf bei internationaler Entspannung, in: IPW-Berichte 4. Jg. (1975) H. 12, S. 18—30, hier S. 20 f.

<sup>63)</sup> Vgl. neuerdings J. Krassin, Warum bilden Entspannung und Klassenkampf eine dialektische Einheit?, in: Horizont 42/76, S. 8 f.

<sup>64)</sup> W. N. Jegorow, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin (O) 1972, S. 217.

— Sie ist räumlich begrenzt: *„Die friedliche Koexistenz ist eine reale Kategorie, die nur auf die Beziehungen zwischen Staaten der beiden Systeme anwendbar ist.“*<sup>65)</sup>

Friedliche Koexistenz bedeute „nicht Frieden zwischen den antagonistischen Klassen, zwischen Arbeiterklasse und Kapital“<sup>66)</sup>. Friedliche Koexistenz gilt erklärtermaßen nicht für „Befreiungskriege“, wie dies am Beispiel Angolas deutlich gemacht wurde.

— Sie bezieht sich ausschließlich auf Staaten als Akteure. Parteien, jedenfalls kommunistische Parteien, sind ausdrücklich nicht an die Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ gehalten. Dies hat beispielsweise zur Folge, daß gegenüber Aktivitäten der SED oder KPdSU in irgendeinem Land Westeuropas der Grundsatz der Nichteinmischung in die „inneren Angelegenheiten“ nicht greift.

8. Allen aufmerksamen Lesern der DDR-Literatur fällt auf, daß die „friedliche Koexistenz“ offenbar so „mißverständlich“ ist, daß die DDR-Autoren immer wieder auf deren „Grundsätze“ zurückkommen und deutlich zu machen versuchen, daß sich Kooperation und Konfrontation widerspruchsfrei ergänzen<sup>67)</sup>. Es soll hier auch nicht unerwähnt bleiben, daß eine Vielzahl von Artikeln in der DDR-Literatur zur „friedlichen Koexistenz“ Begründungszwänge gegenüber der Kritik von „links“ reflektiert<sup>68)</sup>.

<sup>65)</sup> Jegorow, a. a. O., S. 217. „Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten dagegen gehen von einer qualitativ anderen Grundlage aus, dem sozialistischen Internationalismus“, so Siegfried Bock, Ein Jahr nach Helsinki, in: IPW-Berichte, 5. Jg. (1976) H. 8, S. 5—13, hier S. 6.

<sup>66)</sup> So in einem Kommuniqué aus Anlaß des Besuchs des KP-Chefs Cunhal (Portugal) in der DDR, zit. nach AK 48/75, S. 378 f., hier S. 379.

<sup>67)</sup> Vgl. Wolfgang Kleinwächter, Ideologischer Kampf kennt keine Kompromisse, in: Horizont 29/76, S. 8 f. Kleinwächters (leider nicht belegte) These: „Der Kampf der Ideologien tritt immer stärker hervor, je mehr die beiden Systeme ihre Beziehungen zueinander entwickeln.“ (S. 8)

<sup>68)</sup> So beispielsweise G. Schachnasarow, Friedliche Koexistenz und sozialer Fortschritt, in: Horizont 3/76, S. 8 f.

## IV. Das außenpolitische Strukturprinzip „sozialistischer Internationalismus“

Das außenpolitische Credo der DDR ist in Artikel 6 der geänderten Fassung der DDR-Verfassung von 1969 statuiert:

*Die DDR „betreibt eine dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“ (Art. 6, Ziff. 1, Satz 2).*

*Die DDR „ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet“ (Art. 6, Ziff. 2, Satz 1).*

*Die DDR „ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie trägt getreu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus zu ihrer Stärkung bei ...“ (Art. 6, Ziff. 2, Satz 3 f.).*

„Friedliche Koexistenz“ wurde als „ein strategisches Prinzip sozialistischer Außenpolitik“ (Busse/Hänisch) bezeichnet. Wie wird nun das andere Strukturprinzip der DDR-Außenpolitik begründet und präzisiert? Welchen Stellenwert nimmt der „sozialistische Internationalismus“ in der DDR-Außenpolitik ein? Zunächst sollen die begriffsbestimmenden Merkmale des „sozialistischen Internationalismus“ mit Hilfe der DDR-Literatur herausgearbeitet werden. Im Anschluß daran wird nach den Ausdrucksformen dieses Strukturprinzips gefragt. Schließlich soll herausgefunden werden, wie sich die beiden genannten Prinzipien zueinander verhalten.

### 1. Begriffsbestimmende Merkmale des „sozialistischen Internationalismus“

Zur Definition des „sozialistischen Internationalismus“ (s. I.) schreiben Sonja Moldt/Walter Vogt: *„Der sozialistische Internationalismus — seiner Natur und seinem Wesen nach übereinstimmend mit dem proletarischen Internationalismus — ist die gesetzmäßige Fortsetzung und Weiterentwicklung, eine qualitativ neue Erscheinung des proletarischen Internationalismus.“*<sup>69)</sup>

Es sind im wesentlichen fünf Merkmale, die konstitutiv für den s. I. sind:

<sup>69)</sup> Sonja Moldt/Walter Vogt, Über den Einfluß des Sozialismus auf die internationalen Beziehungen. Zu zwei neuen wissenschaftlichen Arbeiten, in: DAP 21. Jg. (1976), H. 8, S. 1156—1167, hier S. 1159. Es handelt sich hier um einen ausführlichen Besprechungsaufsatz zu zwei sowjetischen Veröffentlichungen.

1. Die „gleichartige“ ökonomische Grundlage, die im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln besteht.

2. Die „gleichartige“ Staatsordnung mit der Arbeiterklasse „an der Spitze“.

3. Die „einheitliche“ Ideologie, nämlich der Marxismus-Leninismus.

4. Die „gemeinsamen“ Interessen bei der Verteidigung „revolutionärer Errungenschaften“ gegen „Anschläge des imperialistischen Lagers“.

5. Das „gemeinsame große Ziel“: Die Errichtung des Kommunismus „im Weltmaßstab“<sup>70)</sup>. Der s. I. ist, wie sich unschwer mit Hilfe der DDR-Literatur zeigen läßt, ein Ensemble aus ökonomischen, militärischen, politischen und nicht zuletzt ideologischen Aspekten, die in einem engen Wirkungsverhältnis zueinander stehen und allenfalls aus analytischen Gründen voneinander getrennt behandelt werden dürfen:

Der *ökonomische Aspekt* des s. I. wird zu meist im Kontext des RGW thematisiert und erscheint als „sozialistische Integration“<sup>71)</sup>.

Der *politische Aspekt* wird mit den beiden Kategorien „Annäherung“ und „Angleichung“ darzustellen versucht, wobei offenbleibt, ob es sich hier um empirische Kategorien handelt (die der intersubjektiven Prüfung zu-

<sup>70)</sup> Vgl. hierzu Johannes Zelt, Entwicklungsstadien und Kriterien des proletarischen Internationalismus, in: DAP 17. Jg. (1972), S. 22—46, und Harry Ott, Zum Klassencharakter der Außenpolitik der DDR, in: DAP 17. Jg. (1972), S. 421—430. „Sozialistischer Internationalismus“ und „proletarischer Internationalismus“ sind Begriffe, die in der DDR-Literatur häufig synonym gebraucht werden. Bei unterscheidendem Gebrauch gilt der Begriff „sozialistischer Internationalismus“ für das „sozialistische Weltssystem“ (als zwischenstaatliches Prinzip). Mit dem Begriff des „proletarischen Internationalismus“ sollen Beziehungen aller „Werkstätigen“ zum Ausdruck gebracht werden. Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin (O) 1970, S. 305.

<sup>71)</sup> Vgl. beispielsweise Gerhard Brendel, Der XXV. Parteitag der KPdSU und die sozialistische ökonomische Integration, in: DAP 21. Jg. (1976), H. 7, S. 995—101, oder Harald Zschiedrich, Zum Kurs der RGW-Länder auf gemeinsame Intensivierung, in: DAP 21. Jg. (1976) H. 8, S. 1133—1142.

gänglich sind) oder um Wesenskategorien, deren Evidenz schwer prüfbar ist<sup>72)</sup>.

*Militärische Aspekte* des s. I. konzentrieren sich auf die Beziehungen zwischen der „ruhmreichen“ sowjetischen Armee und der NVA. Der multilaterale Rahmen heißt hier „Warschauer Vertragsorganisation“. These: „Je einheitlicher und geschlossener die Militärkoalition der sozialistischen Staatengemeinschaft ist, um so gesicherter sind die Errungenschaften des Sozialismus, um so nachdrücklicher wirkt jeder Schritt vorwärts beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau auf die Festigung des Weltfriedens.“<sup>73)</sup> Als zwei Manifestationen der „aktiven Friedenspolitik“ und des „humanistischen Hauptanliegens<sup>74)</sup> der beiden „Waffenbrüder“ Sowjetarmee und NVA werden ausdrücklich der Bau der Mauer von 1961<sup>75)</sup> und die Intervention des Warschauer Pakts in die ČSSR von 1968<sup>76)</sup> hervorgehoben.

## 2. Das Verhältnis der DDR zur UdSSR — Die Thälmann-Renaissance

Kennzeichnend für das Verständnis der SED-Führung vom s. I. ist das Verhältnis zur Sowjetunion: *„Das Verhältnis zur Sowjetunion ist der entscheidende Prüfstein für die Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus.“*<sup>77)</sup>

Es ist sicherlich zutreffend, in dem Verhältnis der DDR zur Sowjetunion das Kriterium für

<sup>72)</sup> Vgl. hier beispielhaft Siegmund Quilitzsch, Annäherung und Angleichung — Gesetzmäßigkeiten und Gemeinsamkeiten in der sozialistischen Staatengemeinschaft, in: DAP 21. Jg. (1976) H. 5, S. 659—672.

<sup>73)</sup> Vgl. Toni Nelles, Waffenbrüderschaft DDR—UdSSR: Gemeinsame Verteidigung von Sozialismus und Frieden, in: DAP 21. Jg. (1976) H. 8, S. 1143—1155.

<sup>74)</sup> Nelles, a. a. O., S. 1155.

<sup>75)</sup> Nelles, a. a. O., S. 1147.

<sup>76)</sup> Nelles, a. a. O., S. 1152. Vgl. hierzu auch Oskar Fischer, 20 Jahre Warschauer Vertrag, in: AK 19/75, S. 149—151, und ders., Zwanzig Jahre Warschauer Vertrag, in: DAP 20. Jg. (1975) H. 5, S. 645—658, hier der Tenor auf S. 649 f.: „Das zwanzigjährige Wirken des Warschauer Vertrages ist eine überzeugende politische Manifestation des proletarischen, sozialistischen Internationalismus. Es wurde verhindert, daß die Souveränität und nationale Unabhängigkeit der sozialistischen Länder den zahlreichen Anschlägen des Imperialismus zum Opfer fielen“ (S. 650). Ausdrücklicher Hinweis auf die CSSR ebenda.

<sup>77)</sup> Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin (O) 1971, S. 290. Neuerdings auch Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (O) 1976, S. 70.

den s. I. zu sehen, wobei unter „Verhältnis“ die Akzeptierung der Führungsrolle der Sowjetunion verstanden wird. Die in der westlichen Literatur mit unterschiedlichen Akzenten gestellte Frage nach dem außenpolitischen Handlungsspielraum und damit nach der faktischen Souveränität der DDR wird von DDR-Autoren durchweg als „unwissenschaftlich“ qualifiziert, weil derartige Fragen die „höhere Qualität“ der Beziehungen des s. I. nicht berücksichtigten. Westliche Studien, die auf Konflikte zwischen der DDR und der UdSSR bzw. innerhalb der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ hinweisen, werden als „ideologische Diversion“ westlicher Kommunismusforscher hingestellt<sup>78)</sup>. In der DDR-Literatur gilt die Orientierung auf die UdSSR, wie sie im Art. 6 der revidierten DDR-Verfassung von 1968 zum Ausdruck kommt, nicht als „Souveränitätsverzicht“, sondern als die *conditio sine qua non* einer mit der Perspektive „Kommunismus“ verlaufenden Entwicklung in der DDR.

Begründet wird das enge, abgestimmte Vorgehen der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ unter der Führung der UdSSR mit der „objektiven Notwendigkeit“, die in einer aus dem „Wesen des Imperialismus“ abgeleiteten latenten bzw. manifesten Bedrohungssituation besteht: *„Die erfolgreiche Bewältigung der inneren revolutionären Prozesse und die Abwehr der Angriffe der internationalen Reaktion machten das enge — auch außenpolitische — Zusammenwirken mit der UdSSR zu einer Lebensfrage für die sich herausbildenden sozialistischen Staaten.“*<sup>79)</sup>

Bei der Bestimmung und bei der ideologischen Begründung der „brüderlichen“ Beziehungen zur UdSSR rekurriert die DDR-Führung auf ein — in der Literatur vielzitiertes — Thälmann-Wort: *„Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution.“*<sup>80)</sup> Dieser Thälmann-Satz aus dem Jah-

<sup>78)</sup> So greift S. Sanakojew, Außenpolitik und Kampf der Ideen in der gegenwärtigen Etappe, in: ND 5. 5. 1974, S. 6, die „westliche Propaganda“ an, der „sozialistische Internationalismus“ untergrabe die staatliche Souveränität, ohne sich jedoch inhaltlich mit dieser „Propaganda“ auseinanderzusetzen.

<sup>79)</sup> Anton Latzo, Außenpolitische Koordinierung im Interesse des Sozialismus und des Friedens, in: DAP 19. Jg. (1974) H. 2, S. 317—330, hier S. 318 f.

<sup>80)</sup> Ernst Thälmann, Reden auf Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1,

re 1926 wurde zum „Leitfaden der jungen DDR-Außenpolitik“<sup>81)</sup>.

Aus den oben referierten fünf begriffsbestimmenden Merkmalen des s. I. folgt nach Auffassung der DDR „notwendig“ die „koordinierte Außenpolitik“. Der vielfach verwendete Begriff der „abgestimmten, koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft“<sup>82)</sup> soll offensichtlich einen spezifischen Modus der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im „sozialistischen Lager“ ausdrücken. Doch was ist das Spezifikum „koordinierter Außenpolitik“?

Nach Auffassung der DDR liegt das Spezifische der „koordinierten Außenpolitik“ sozialistischer Staaten in der Art der Entscheidungsfindung. Doch gibt es bislang keine einzige Studie aus der DDR, die dieses hervorgehobene Spezifikum etwa im Rahmen einer Fallstudie fundierte. Institutionell ist die „koordinierte Außenpolitik“ sozialistischer Staaten zu erfassen. Als „Koordinierungszentrum“<sup>83)</sup> fungiert der Warschauer Pakt und hier insbesondere der „Politische Beratende Ausschuss des Warschauer Vertrags“. Über die Beratungen gibt es im Westen zahlreiche Vermutungen, jedoch keine zuverlässigen Erkenntnisse. Als Ergebnisse der „koordinierten Außenpolitik“ sozialistischer Staaten gelten die Ratifizierung der Ostverträge, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie ihre Aufnahme in die UNO und nicht zuletzt der „erfolgreiche“ Abschluß der KSZE.

Wenn auch der empirische Gehalt der Formel von der „koordinierten Außenpolitik“ sozialistischer Staaten nicht bzw. nur selten er-

---

Berlin (O) 1955, S. 435. Die SED könne sich in ihrer vorbehaltlosen Orientierung auf die Sowjetunion auch auf J. Stalin stützen (was in den fünfziger Jahren auch geschah): „Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen.“ Stalin-Werke, Berlin (O) 1950 ff., Bd. 10, hier S. 45.

<sup>81)</sup> So Oskar Fischer, in: Horizont 23/1974, S. 3: „Das revolutionäre Wesen der Außenpolitik der DDR“ finde in der „unverbrüchlichen Freundschaft“ mit der UdSSR „seinen markantesten Ausdruck“. Man ist versucht, hier eine polemische Sentenz anzufügen: Es gehört zu den bestgehüteten Geheimnissen der DDR-Außenpolitik, was an dieser „revolutionär“ sein soll.

<sup>82)</sup> Hier etwa gebraucht von Kurt Nier, in: AK 23. 5. 1974, S. 157.

<sup>83)</sup> Die Doppelfunktion des Warschauer Vertrages beschreibt Fischer (Anm. 76, DAP), hier S. 649: Einmal sei der Warschauer Vertrag ein „notwendiger militärischer Schild“, zugleich fungiere er als „Koordinierungszentrum seiner Friedenspolitik“.

schließbar ist, so lassen sich doch einige Elemente feststellen, die sich implizit und aus dem Kontext der Berichterstattung in der DDR über internationale Vorgänge ergeben:

- Führungsrolle der UdSSR;
- Unterordnung unter weltpolitische Erfordernisse sowjetischer Außenpolitik;
- Versuch der UdSSR, ihre Bündnispartner von ihren Vorschlägen zu „überzeugen“;
- im Falle einer Kollision verschiedener Interessen entscheidet das sowjetische.

Innerhalb der UNO erweist sich die „koordinierte Außenpolitik“ in einem nahezu kongruenten Abstimmungsverhalten der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ (mit Ausnahme Rumäniens) und der hundertprozentig identischen Politik von Sowjetunion und DDR<sup>84)</sup>. Begründet wird dies etwa so: „Nur wer sich fest mit dem Lande der Oktoberrevolution solidarisiert und verbündet, ist in der Lage, seinem eigenen Volk zu Freiheit und Fortschritt zu verhelfen.“<sup>85)</sup>

### 3. Sozialistischer Internationalismus und friedliche Koexistenz — ein Verhältnis der Über- oder Unterordnung?

Bei der Feststellung zweier Strukturprinzipien ist die Frage nach dem Verhältnis beider zueinander unvermeidlich. Gibt es hier eine Rangfolge? Aus analytischen Gründen sollten hier zwei Ebenen unterschieden werden: die völkerrechtliche und die politische.

Auf der *völkerrechtlichen Ebene* steht für s. I. das „sozialistische Völkerrecht“ und für friedliche Koexistenz das „allgemeindemokratische Völkerrecht“. Die Autoren des bislang einzigen DDR-Völkerrechtslehrbuches schreiben: „Die auf dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus beruhenden sozialistischen Völkerrechtsprinzipien und -normen treten in den zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern an die Stelle der entsprechenden Prinzipien und Normen des allgemeindemokratischen Völkerrechts.“<sup>86)</sup> Hinzugefügt wird: „Sie widersprechen jedoch den zwingenden Grundsätzen des

---

<sup>84)</sup> Vgl. Wilhelm Bruns, Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1977 (i. E.), ders., Die beiden deutschen Staaten in der UNO, in: Deutschland-Archiv, 8. Jg. (1975) H. 6, S. 592—601.

<sup>85)</sup> Werner Lamberz, Pionier des Menschheitsfortschritts, in: AK 46/76, S. 362—365, hier S. 364.

<sup>86)</sup> Völkerrecht, Teil 1 (herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie



*allgemein verbindlichen Völkerrechts in keiner Weise.*"<sup>87)</sup>

Obwohl nicht deutlich gemacht wird, was denn die genuin „sozialistischen“ Völkerrechtsprinzipien bzw. -normen sind, dürfen nach geltendem Völkerrecht solche „Friedensaktionen“ wie die Intervention der Warschauer Vertragsorganisation in die ČSSR (1968) nicht mit dem Hinweis auf das „sozialistische Völkerrecht“ gerechtfertigt werden, denn im Kollisionsfall hat das „allgemeindemokratische Völkerrecht“ nach Art. 103 Vorrang. Es ist sicher kein Zufall und verdient hier hervorgehoben zu werden, daß Jugoslawien und Rumänien von einem Völkerrecht ausgehen, das für *alle* Staaten, unabhängig von der Gesellschaftsordnung, gilt. Auf der *politischen* Ebene wird immer wieder von DDR-Autoren erklärt, daß die beiden

Strukturprinzipien (s. I. und friedliche Koexistenz) nicht unverbunden nebeneinander stehen, sondern als ein Verhältnis von Voraussetzung und Folge zu verstehen sei. These: Erst der s. I. schafft die entscheidende Voraussetzung für Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten.

Das Verhältnis zweier existierender Prinzipien kann jedoch nicht nur als komplementär begriffen und in seiner empirischen Evidenz analysiert werden, sondern auch als widersprüchlich. Inwieweit der s. I. und die friedliche Koexistenz in bestimmten Fällen unvereinbar sind und welches Prinzip dann Vorrang hat, kann hier nicht untersucht werden. Eine Antwort auf die sicher reizvolle Frage nach der Vereinbarkeit dieser Prinzipien, die unterschiedliche Inhalte, Träger und Adressaten haben, findet sich bei Kurt Seliger<sup>88)</sup>.

## V. Das „antiimperialistische Bündnis“ als Ausdrucksform des proletarischen Internationalismus

Der „proletarische Internationalismus“ findet erklärtermaßen außerhalb des „sozialistischen Weltsystems“<sup>89)</sup> und im Verhältnis zu den Entwicklungsländern und Befreiungsbewegungen seinen Ausdruck in dem Begriff vom „antiimperialistischen Bündnis“: *„Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt“* (Art. 6, Ziff. 3, Satz 1 der DDR-Verfassung)<sup>90)</sup>. Im Gegensatz zu den bereits genannten au-

ßenpolitischen Strukturprinzipien s. I. und friedliche Koexistenz ist das „antiimperialistische Bündnis“ begrifflich diffus. Schon die Frage, wer Adressat des „antiimperialistischen Bündnisses“ bzw. der „antiimperialistischen Solidarität“ ist, stößt auf verwirrende Antworten in der DDR-Literatur: sind es die Entwicklungsländer oder nur die „progressiven“ unter ihnen? Im bejahenden Fall taucht die nächste Frage auf: Was ist das Kriterium für progressiv?

Zum Stellenwert der Entwicklungsländer (auch „nationale Befreiungsbewegungen“ genannt) für die DDR-Außenpolitik sei hier darauf verwiesen, daß die „nationalen Befreiungsbewegungen“ eine der drei „revolutionären Kräfte“ im Kampf gegen den Imperia-

für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), Berlin (O) 1973, S. 45.

<sup>87)</sup> Ebenda.

<sup>88)</sup> Kurt Seliger, Friedliche Koexistenz und Proletarischer Internationalismus, in: Osteuropa, 23. Jg. (1973), H. 12, S. 930—940. Seliger identifiziert empirisch faßbare Widersprüche zwischen beiden Prinzipien.

<sup>89)</sup> Beim „sozialistischen Weltsystem“ handelt es sich um „ein kompliziertes sozial-historisches Gebilde“, so Ilja Dudinski, Das sozialistische Weltsystem — eine neue internationale historische Gemeinschaft, in: DAP 21. Jg. (1976) H. 1, S. 33 bis 52, Hier S. 39. Weiter schreibt Dudinski: „Einerseits handelt es sich dabei um eine gesetzmäßige Stufe in der Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise..., andererseits aber um eine bestimmte sozialökonomische und politische Struktur, deren Bestandteil die souveränen sozialistischen Staaten und ihre wechselseitigen Verbindungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind“ (S. 39).

<sup>90)</sup> In der Verfassung der DDR von 1968 fehlte diese Bestimmung. Das „antiimperialistische Bündnis“ mußte eingefügt werden, weil es weder unter die „friedliche Koexistenz“ noch unter den „sozialistischen Internationalismus“ subsumiert werden kann.

<sup>91)</sup> Die anderen beiden „revolutionären“ Kräfte sind das „sozialistische Weltsystem“ und die „internationale Arbeiterklasse“. Ob von der Existenz einer einheitlichen „internationalen Arbeiterklasse“ nach dem KP-Gipfel in Ost-Berlin (29./30. 6. 1976) noch auszugehen ist, wird im Westen bezweifelt. Vgl. z. B. Hans-Jürgen Fink, Über die Beziehungen der europäischen kommunistischen Parteien, in: Die Neue Gesellschaft, 23. Jg. (1976), H. 12, S. 1023—1028.

lismus sind<sup>91)</sup>. Es ist davon die Rede, daß in der Außenpolitik der DDR die „Beziehungen zur nationalen Befreiungsbewegung“ einen „bedeutenden Platz“ einnehmen<sup>92)</sup> und daß diese Beziehungen „auf antiimperialistischen Grundlagen“ beruhen<sup>93)</sup>. Zentral für das Selbstverständnis der DDR vom „antiimperialistischen Bündnis“ ist ihre These von der „prinzipiellen Übereinstimmung“ mit den Entwicklungsländern und den Befreiungsbewegungen, die zu den „objektiven Bündnispartnern des Weltsozialismus“ gezählt werden<sup>94)</sup>: *„Ausgehend von dem Leninschen Grundsatz, daß die nationale Befreiungsbewegung natürlicher und objektiver Bündnispartner des Weltsozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Imperialismus und für sozialen Fortschritt ist, gehört es zu den Wesenszügen sozialistischer Außenpolitik, dem gerechten Kampf der kolonial und rassistisch unterdrückten und ausgebeuteten Völker solidarische Hilfe zu erweisen.“*<sup>95)</sup>

Die Bereitschaftserklärung zur „solidarischen Hilfe“ verweist auf die empirische Evidenz des so vielbeschworenen „antiimperialistischen Bündnisses“. In der DDR-Literatur wird zwar stets von der „großen Hilfeleistung“ der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gesprochen, doch gibt es bisher keine einzige DDR-Analyse, die die behauptete „große“ Hilfe mit dem Attribut „uneigennützig“ zusammenfassend qualifiziert. Hier ist man auf westliche Studien angewiesen. Erst unlängst haben Lamm und Kupper das Verhältnis der DDR zu den Entwicklungsländern zum Gegenstand einer materialintensiven und sorgfältig gearbeiteten Analyse gemacht<sup>96)</sup>. Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild:

<sup>92)</sup> Außenpolitik der DDR (Anm. 5), S. 138.

<sup>93)</sup> Ebenda.

<sup>94)</sup> Ebenda, S. 139. Die These von der Interessenidentität zwischen „sozialistischen Staaten“ und Entwicklungsländern läßt sich empirisch nicht aufrechterhalten. Interessendivergenzen zeigen sich immer dann, wenn die „sozialistische Staatengemeinschaft“ „vitale Interessen“ (Moldt) geltend macht (etwa Seerechtskonferenz). Kritik an der „Interessenidentität“ findet sich auch beispielsweise bei Ursula Schmiederer, Systemkonkurrenz als Strukturprinzip der internationalen Politik, in: PVS (Sonderheft 5 „Internationale Beziehungen als System“, hrsg. von Klaus-J. Gantzel), S. 309–346, hier S. 332.

<sup>95)</sup> Klaus Willerding, Grundlagen und Inhalt der Beziehungen der DDR zu den befreiten Staaten Asiens und Afrikas, in: DAP 21. Jg. (1976) H. 11, S. 1615–1628, hier S. 1615.

— Die Entwicklungshilfe der DDR ist im Vergleich zu westlichen Industriestaaten äußerst gering; innerhalb des Ostblocks leistet sie als das ökonomisch am höchsten entwickelte Land verhältnismäßig wenig Entwicklungshilfe.

— Diese quantitativ geringe Entwicklungshilfe der DDR ist nur bilateraler Art, d. h. sie läuft nicht über die Internationalen Organisationen (UNO-System), sondern wird auf der Grundlage langfristiger Verträge direkt an den Empfänger gegeben. Damit ist die DDR-Entwicklungshilfe jedoch stark außenpolitisch und außenwirtschaftlich instrumentierbar; deshalb drängen die Entwicklungsländer auf multilaterale Entwicklungshilfe<sup>97)</sup>. Bis 1972 wurde die Entwicklungshilfe von der DDR außenpolitisch als Anerkennungshilfe eingesetzt. Heute ist sie ökonomisch als Rohstoffsicherung angelegt.

— Die DDR-Entwicklungshilfe konzentriert sich auf ausgewählte Länder. Zu den „Bevorzugten“ zählen etwa Ägypten, Indien, aber auch Brasilien und Algerien. Erinnern wir uns: Da die DDR-Entwicklungshilfe ihrem Selbstverständnis nach „antiimperialistisch“ und auf die „ausgebeuteten Völker“ gerichtet ist, kann nur die „Dialektik“ helfen, um bei diesem Adressatenkreis eine DDR-Entwicklungshilfe zu erkennen, die „uneigennützig“ den „ausgebeuteten Völkern“ zur Seite steht.

— Die DDR leistet kaum Kapitalhilfe. Sie betrug 1969 nur 0,02 % ihres Bruttosozialprodukts, womit sie noch unter dem RGW-Durchschnitt lag. Diese Kapitalhilfe konzentriert sich auf wenige Schwerpunktländer. Die Auswahl dieser Länder läßt nicht erkennen, was an den Empfangsländern „progressiv“ sein soll.

— In der DDR-Entwicklungshilfe dominieren klar zwei Formen: die Bildungshilfe und die Militärhilfe. Zur Bildungshilfe hat Hans-Joachim Fischer Material zusammengetragen, das Aufschluß gibt über Umfang und Struktur

<sup>96)</sup> Vgl. Hans S. Lamm/Siegfried Kupper, DDR und Dritte Welt (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. 39), München/Wien 1976.

<sup>97)</sup> Vgl. dazu Wilhelm Bruns, Das Verhalten der DDR gegenüber den Entwicklungsländern im UNO-System, in: Monatsberichte. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung), Oktober 1976.

dieser Hilfe<sup>98)</sup>. In einem aufsehenerregenden SPIEGEL-Bericht ist die „militärische Entwicklungshilfe“ der DDR dokumentiert worden<sup>99)</sup>.

Seit einigen Jahren favorisieren die Entwicklungsländer neben der Kapitalhilfe den Grundsatz: „Aid by Trade“. Voraussetzung dafür ist die völlige Marktöffnung der Industriestaaten für Produkte aus der „Dritten Welt“. Dazu liegen Entschließungen vor, die den kollektiven Willen der Entwicklungsländer zum Ausdruck bringen. Sowohl auf der UNCTAD IV in Nairobi (1976) als auch auf der V. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo sind klare Forderungen an die osteuropäischen Staaten gerichtet worden<sup>100)</sup>.

Weil die materielle Entwicklungshilfe der DDR — verglichen mit Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Industriestaaten — nicht nennenswert ist und im Bereich des Handels erhebliche Defizite feststellbar sind, müssen Argumentationsfiguren formuliert werden, um ihr entwicklungsländerfreundliches Image zu retten. Neben der These, die sozialistischen Staaten bestimmten ihre Hilfe nicht anhand von Prozentsätzen, sondern auf der Basis der „Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils“<sup>101)</sup>, sind es insbesondere zwei Punkte, die immer wieder von der DDR zu ihrer Entlastung vorgebracht werden:

1. Die These vom „Nord-Süd-Konflikt“ und die damit verbundene Einteilung in den „reichen Norden“ und den „armen Süden“ wird strikt abgelehnt. In dieser These spiegele sich

<sup>98)</sup> Vgl. Hans J. Fischer, Internationale pädagogische Beziehungen und pädagogische Auslandsarbeit der DDR, Paderborn 1975.

<sup>99)</sup> DDR: Kalaschnikows für die Dritte Welt, in: SPIEGEL 36/1976, S. 60—65: „Rund 200 Millionen Mark jährlich investiert die DDR in militärische Entwicklungshilfe für arabische und afrikanische Staaten.“ Ferner wird über Spezialisten der NVA berichtet, die als Ausbilder Dienst tun, sowie darüber, daß die „volkseigene Industrie“ Kriegsgerät in zwei Dutzend Länder liefert.

<sup>100)</sup> Vgl. Aktionsprogramm der „Gruppe 77“, das am 7. 2. 1976 in Manila verabschiedet wurde und von der UNCTAD IV in Nairobi in seinen wesentlichen Punkten übernommen wurde, UN Chronicle Vol. XIII. No. 6 (1976), pp 37—44.

<sup>101)</sup> So Günter Hübner, Kritische Bemerkungen zu bürgerlichen Verfälschungsversuchen der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, in: Asien/Afrika/Lateinamerika Nr. 5 (Sept./Okt. 1975) S. 875 f. Wenn diese Prozentzahlen vorzeigbar wären (im Wettkampf der Systeme), würden diese ganz sicher auch präsentiert, um die Überlegenheit des Sozialismus zu „beweisen“.

der ungerechtfertigte Versuch, „den Kolonialmächten und den sozialistischen Ländern eine gemeinsame Verantwortung für die wirtschaftliche Rückständigkeit der Entwicklungsländer auferlegen zu wollen“<sup>102)</sup>. Für die Rückständigkeit der Entwicklungsländer seien allein die „führenden kapitalistischen Länder“ verantwortlich, die durch koloniale Ausbeutung zu Reichtum gelangt seien<sup>103)</sup>. Anzumerken sei hier nur, daß die DDR-These zur Unterentwicklung mit der Behauptung, die imperialistische Ausbeutung hätte den Reichtum der westlichen Industriestaaten hervorgebracht, oder Unterentwicklung und Entwicklung seien zwei Seiten derselben Medaille, sich nicht auf eine ausreichend analytische Literatur stützen kann, weder auf eine marxistische noch auf eine nichtmarxistische, wie dies aus dem Literaturbericht Gilbert Zieburas eindeutig hervorgeht<sup>104)</sup>.

2. Aus dem Verursachungstheorem (Alleinverantwortung „des Imperialismus“) leiten die kommunistischen Staaten ab, daß die Forderungen der Entwicklungsländer sich allein an die „imperialistischen Staaten“ richten. Mit dem *Verursachungstheorem* korrespondiert das *Exkulpationstheorem*: Mit dem Hinweis auf die „Verursachung“ der Unterentwicklung versucht die DDR zu erklären, warum ihre Entwicklungshilfe — bilateral wie multilateral — so wenig ihren Möglichkeiten und den Notwendigkeiten entspricht und entschuldigt sich damit. Jedoch: Mit diesen beiden Theoremen könnte die DDR lediglich die „historische Verantwortung“ für die Unterentwicklung von sich weisen. Einer aus der erklärten „Friedenspolitik“ abzuleitenden „aktuellen Verantwortung“ für die katastrophale Situation in den Entwicklungsländern kann sich die DDR nicht entziehen. Sie wird deshalb innerhalb der UNO immer stärker an ihre Verpflichtungen als Industriestaat erinnert und als Adressat in den Forderungskatalog der Entwicklungsländer einbezogen.

Wenn DDR-Repräsentanten in UNO-Gremien von ihrem „brüderlichen“ und „solidarischen“ Verhältnis zu den Entwicklungsländern spre-

<sup>102)</sup> Redaktionskollegium (Hrsg.), Sozialistische Diplomatie (aus dem Russischen übersetzt), Berlin (O) 1974, S. 268.

<sup>103)</sup> Vgl. hier u. a. J. I. Alimov/W. D. Stschetinin, Die Legende von der Einteilung der Welt in reiche und arme Nationen (= Blickpunkt Weltpolitik), Berlin (O) 1975.

<sup>104)</sup> Vgl. G. Ziebura, Neuere Forschungen zum französischen Kolonialismus, in: Neue Politische Literatur, XXI. Jg. (1976), H. 2, S. 156—181.

chen<sup>105</sup>) und dabei die Vorstellung nähren, als ginge die DDR tatsächlich davon aus, es handele sich hier um ein homogenes Kräftefeld, so ist in der DDR-Literatur die Tendenz spürbar, zu differenzieren, wobei allerdings das Differenzierungskriterium häufig unklar bleibt<sup>106</sup>).

Aufschlußreich sind hier die Länderberichte in der DDR-Literatur (insbesondere im *ND* und *Horizont*). Nirgendwo findet sich der „marxistisch-leninistische“ Versuch, die Außenpolitik der porträtierten Länder aus ihrer jeweiligen Gesellschaftsordnung abzuleiten. Schaut man sich beispielsweise die Länderporträts Libyens<sup>107</sup>), Somalias<sup>108</sup>), des Sudan<sup>109</sup>), Kenias<sup>110</sup>) oder Indiens<sup>111</sup>) an, so ergibt sich einmal ein freundliches und zum anderen ein weniger freundliches Bild. Kriterium für ein freundliches Bild ist offensichtlich allein das Verhalten des jeweiligen Landes (der jeweiligen Regierung) zur UdSSR,

<sup>105</sup>) Vgl. etwa die Rede des DDR-Außenministers Fischer vor der 6. Sondertagung der UNO am 12. 4. 1974 in New York (zit. nach AK 16/1974, S. 119—122).

<sup>106</sup>) Vgl. den Versuch, die über 100 Entwicklungsländer in vier Gruppen einzuteilen, bei Martin Robbe/Gerhard Höpp/Christian Mährdel, Theorie und Praxis nichtproletarischer Sozialismuskonzeptionen in afro-asiatischen Entwicklungsländern, in: *Asien/Afrika/Lateinamerika* Nr. 5 (Sept./Okt. 1975), S. 761—774.

<sup>107</sup>) Dynamische Entwicklungsphase, in: *Horizont* 26/76, S. 23.

<sup>108</sup>) Neues Bodengesetz, in: *Horizont* 25/76, S. 19.

<sup>109</sup>) Die Fortschritte sind begrenzt, in: *Horizont* 25/76, S. 18.

<sup>110</sup>) Auslandskapital überfremdet Kenias Wirtschaft, in: *Horizont* 24/1976, S. 23.

<sup>111</sup>) Indien erfreut sich in der DDR-Berichterstattung besonderer Aufmerksamkeit, wobei vor allem Indiens Rolle als Friedensmacht hervorgehoben wird; vgl. z. B. Hilmar König, Indiens Rolle in der Welt von heute. Außenpolitik basiert konsequent auf antiimperialistischen Positionen, in: *ND* 29. 6. 1976, S. 6. Bei der umfangreichen Jubelberichterstattung in der DDR-Publizistik aus Anlaß des Besuches Indira Gandhis in der DDR fiel die ausgesuchte Höflichkeit auf, mit der man Indira Gandhi begegnete (*ND* 6. 7. 1976, S. 1, oder *ND* 5. 7. 1976, S. 4, oder *Horizont* 26/76, S. 5).

d. h. keine Klassenanalyse, sondern lediglich aneinandergereihte Impressionen.

In einem *Schaubild* soll das bisher Gesagte zusammengefaßt werden, wobei zur Erläuterung noch folgendes zu betonen wäre: Die drei Prinzipien unterscheiden sich nicht im Ziel („Herbeiführung der günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus“), sondern nur hinsichtlich ihres Inhalts, ihrer Adressaten und ihrer Mittel. *Ausgangspunkt* ist die „sozialistische Staatengemeinschaft“. Ihre Stärkung wird zur Voraussetzung für jede kommunistische Außenpolitik erklärt. Zu beachten ist auch, daß in der einschlägigen Literatur immer häufiger von der „sozialistischen Außenpolitik“ gesprochen wird und dabei die Außenpolitik der einzelnen Staaten zurücktritt. Strenggenommen — folgt man der DDR-These von der „koordinierten Außenpolitik“ — gibt es keine Außenpolitik der DDR oder Ungarns, sondern nur eine der „sozialistischen Staatengemeinschaft“, an der die DDR oder Ungarn beteiligt sind.

Nicht ganz eindeutig ist die begriffliche Einordnung zahlreicher Entwicklungsländer und das Verhältnis der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ zu ihnen. So werden beispielsweise die Beziehungen zu Indien unter die Überschrift „Friedliche Koexistenz“ gebracht, während bei der Beschreibung des Verhältnisses der kommunistischen Staaten etwa zum Irak weder von „friedlicher Koexistenz“ noch vom „proletarischen Internationalismus“ die Rede ist<sup>112</sup>). Gegenüber Befreiungsbewegungen wie der MPLA in Angola und der SWAPO in Namibia wird dagegen der Ausdruck „proletarischer Internationalismus“ gebraucht.

<sup>112</sup>) So fehlte beispielsweise aus Anlaß des Besuches des DDR-Außenministers Fischer im Irak die Formel „friedliche Koexistenz“ oder „proletarischer Internationalismus“. Statt dessen wurde von „engen freundschaftlichen Beziehungen“ gesprochen (AK 52/75, S. 412).

## AUSSENPOLITIK DER DDR

### Generelle Zielbestimmung (Basisziel):

Realisierung der „günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus“. „Jede außenpolitische Maßnahme muß dem Erfordernis untergeordnet sein, die Arbeiter- und Bauernmacht zu sichern und zu stärken.“ (Dokumente zur Außenpolitik der DDR 1966, Bd. XIV, Berlin (O) 1970, S. 70)

Prinzipien:	<b>„Sozialistischer Internationalismus“</b>	<b>„Proletarischer Internationalismus“</b>	<b>„Friedliche Koexistenz“</b>
Adressat:	Sozialistische Länder (sozialistisches Weltsystem) Beziehungen neuen Typs	Entwicklungsländer und Befreiungsbewegungen	kapitalistische Länder — zwischenstaatliche Ebene und — nichtstaatliche Ebene
Mittel: (Ausdrucksform)	„koordinierte Außenpolitik“	„antiimperialistisches Bündnis“	Vertragspolitik (Völkerrecht)
Inhalt:	„Freundschaftliche Hilfe“ „Dialektische Verbindung von Nationalem und Internationalem“	Unterstützung des „antikapitalistischen Entwicklungsweges“	Zwischenstaatliche Kooperation und „ideologische Konfrontation“
Grundlage:	XXIV. Parteitag der KPdSU. Dieses „Friedensprogramm“ ist die gemeinsame Aktionsgrundlage aller sozialistischen Staaten. Das „Friedensprogramm“ des XXIV. Parteitages der KPdSU hat Eingang in das vom VIII. Parteitag der SED (1971) verabschiedete „Friedenskonzept“ (Axen) der DDR gefunden.		

## VI. Einige Anwendungsfelder der DDR-Außenpolitik

Im folgenden werden einige Bereiche der DDR-Außenpolitik im Überblick skizziert, wobei der Schwerpunkt auf dem multilateralen Aspekt (UNO, KSZE und MBFR) liegt <sup>113)</sup>.

### 1. Die UNO-Politik der DDR

Das Politbüro der SED — so im Bericht an die 14. Tagung des ZK der SED (1975) — „be-

*trachtet die aktive Mitarbeit der DDR in der UNO, ihren Organen und Spezialorganisationen als eine wichtige Seite ihrer sozialistischen Außenpolitik“* <sup>114)</sup>.

Im neuen SED-Programm hat sich die DDR die Aufgabe gestellt, in der UNO dazu beizutragen, „deren Rolle bei der Lösung der inter-

<sup>113)</sup> Die bilateralen Beziehungen der DDR zu den Staaten der Welt (darunter die zur Bundesrepublik) müssen hier unberücksichtigt bleiben.

<sup>114)</sup> Bericht des Politbüros „Zu Fragen der Außenpolitik und den internationalen Beziehungen an die 14. Tagung des ZK der SED“, in: AK 25/1975, S. 197—199, hier S. 199.

<sup>115)</sup> Angenommen auf dem IX. Parteitag der SED (1976).

nationalen Probleme, bei der Festigung des Friedens, bei der Entwicklung der Zusammenarbeit der Völker und bei der Verteidigung der Menschenrechte zu erhöhen" <sup>116</sup>). In der kürzlich vom Vorsitzenden des DDR-Ministerrates, Willi Stoph, abgegebenen Regierungserklärung verspricht die DDR eine „aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen“, vor allem in der UNO <sup>116</sup>). Doch diese wohlklingenden Sätze reichen allenfalls zur Skizzierung des Selbstverständnisses der SED, jedoch keinesfalls zum Verständnis der UNO-Politik der DDR, wenn man ihr Verhalten seit 1972 im UNO-System als Bezugspunkt der Analyse nimmt.

Wie realisiert und konkretisiert sich die „sozialistische“ Außenpolitik in der Weltorganisation? Lassen sich aus der bisher gezeigten Mitarbeit der DDR im UNO-System konstante Verhaltensmuster herausarbeiten? Und nicht zuletzt: Ist eine genuine UNO-Politik der DDR feststellbar? Es ist bei dem unzulänglichen Literaturbestand gerechtfertigt, die UNO-Politik der DDR in einem ersten Überblick zu beleuchten. Dazu sollen einige Ergebnisse einer kürzlich abgeschlossenen Studie referiert werden <sup>117</sup>).

Der DDR gelang am 21. November 1972 über die Mitgliedschaft in der UNESCO der jahrelang mit Vehemenz betriebene Zugang zum UNO-System. Seit dem 18. September 1973 ist sie Vollmitglied der UNO. Sie hat inzwischen an vier ordentlichen und zwei außerordentlichen Sessionen der Generalversammlung (GV) sowie an Sitzungen der verschiedenen, das UNO-System konstituierenden Organe und Sonderorganisationen gleichberechtigt teilgenommen.

Bis zur Paraphierung des Grundvertrages (8. November 1972) scheiterten alle Versuche der DDR, ihr Statusdefizit in der internationalen Politik auszugleichen und mit der Bundesrepublik gleichzuziehen. Bis zur Erlangung ihrer Mitgliedschaft in der UNESCO blieb die Politik der DDR gegenüber der UNO auf eine nichtformalisierte Ad-hoc-Partizipation (unverlangte Erklärungen zu Tagesordnungspunkten von UNO-Gremien) beschränkt. Den Höhepunkt der auf die UNO gerichteten Außenpolitik stellte ihr Aufnahmeantrag vom

28. Februar 1966 dar. Wegen des Aufnahmeverfahrens — alle fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates müssen für eine Aufnahme stimmen — konnte die DDR praktisch nicht allein UNO-Mitglied werden, solange die Bundesrepublik nicht ihrerseits Mitglied werden wollte.

Mit der Veränderung des Stellenwerts der „deutschen Frage“ in der Strategie der Westmächte und unter den Bedingungen diplomatischer Entspannung zwischen den USA und der UdSSR mußte die Bundesrepublik ihre Beziehungen zur DDR überprüfen. Die sozialliberale Koalition in Bonn machte das Unvermeidliche (Mitgliedschaft der DDR in internationalen Organisationen und diplomatische Beziehungen zu „Dritten“) zum Bestandteil ihrer Deutschlandpolitik: Nach einer Formalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen sollte von beiden deutschen Staaten die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen angestrebt werden. Diese Junktimpolitik der Bundesregierung setzte sich gegen den Willen der DDR durch.

Aus der Fülle jener Merkmale, die für das Verhältnis der DDR zur UNO bestimmend sind und ihr Verhalten im System der Vereinten Nationen mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad vorhersagbar machen, lassen sich folgende vier herausdestillieren:

1. *Das Selbstverständnis der DDR als „sozialistischer“ Staat:* Daraus folgt nach ihrer Auffassung eine „sozialistische Außenpolitik“, die sich „wesentlich“ von der „imperialistischen Außenpolitik“ der Bundesrepublik unterscheidet. Die DDR konnte jedoch bisher nicht erkennbar machen, worin die spezifischen Merkmale „sozialistischer Außenpolitik“ auf der empirisch faßbaren Ebene bestehen. Die Rigidität, mit der in der DDR-Literatur die „sozialistische Gesellschaftsordnung“ als zentraler Bestimmungsfaktor ihrer UNO-Politik geltend gemacht wird, steht in einem genau angebbaren Widerspruch zum Verhalten der DDR. Ohne dies hier vertiefen zu können, kann mit der erklärten sozialistischen Gesellschaftsordnung weder die völlige Enthaltensamkeit der DDR in der multilateralen Entwicklungshilfe (qua UNO) noch ihr Verhalten etwa bei den Seerechtskonferenzen erklärt werden, wo sie „vitale Interessen“ geltend macht. Ihre eingeschränkte Mitarbeit im

<sup>116</sup>) Zit. nach AK 45/1976, S. 357.

<sup>117</sup>) Vgl. dazu Wilhelm Bruns (Anm. 84).

UNO-System mit der Favorisierung einer mehr forumsorientierten Aktivität und ihre Politik der selektiven Mitgliedschaft in den Sonderorganisationen (sie ist in sechs der vierzehn nicht vertreten) kann sie gleichfalls nicht auf die „sozialistische Gesellschaftsordnung“ zurückführen.

2. *Die demonstrative Orientierung an der UdSSR:* Die hundertprozentige Übereinstimmung mit der Sowjetunion wird in der DDR-Literatur nicht bestritten, nur anders interpretiert als bei uns. Sie sei Ausdruck dessen, was in Reden führender Politiker der SED „koordinierte Außenpolitik“ sozialistischer Staaten genannt wird und aus dem „besonderen Verhältnis“ resultiert, das die DDR mit der UdSSR „historisch“ verbindet. So folgt aus der akzeptierten Dominanz der Sowjetunion für die DDR im Rahmen der Vereinten Nationen eine völlige Kongruenz im Abstimmungsverhalten.

3. *Der Anspruch der DDR, die Interessen der Entwicklungsländer im „antiimperialistischen Kampf“ durchsetzen zu helfen:* Die Konfliktlinien im UNO-System verlaufen nach Auffassung der DDR nicht zwischen „Armen“ und „Reichen“, sondern Verlauf und Inhalt der Arbeit in den Vereinten Nationen seien durch den Kampf zwischen „Imperialisten“ und dem „neuen Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens und des Sozialismus bestimmt“. Dieses „Zwei-Lager“-Theorem lebt von der Behauptung, daß die Interessen der Entwicklungsländer mit jenen der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ identisch seien. Die Entwicklungsländer in ihrer Mehrheit sehen dies anders: Die „sozialistischen Industriestaaten“ sind — wie die westlichen Industriestaaten — Adressaten von Forderungen der Entwicklungsländer. Der Versuch sozialistischer Industriestaaten, sich vor der Verantwortung für die ökonomische Dekolonisierung zu drücken, stößt immer mehr auf Ablehnung bei den Entwicklungsländern.

Es bleibt jedoch festzustellen, daß die DDR nicht gezwungen ist, so zu argumentieren wie die Bundesrepublik beispielsweise in ihrer Afrika-Politik, die von einer Trennung von „Wirtschaft“ und „Politik“ ausgeht. Dies hat zur Folge, daß sie zwar politisch gegen den „Rest-Kolonialismus“ und gegen die Apartheid-Politik Südafrikas opponiert, ihrer „Wirtschaft“ jedoch erlaubt, gegen Beschlüs-

se der UNO weiterhin im südlichen Afrika zu investieren. Erkennbar ist das Bemühen der DDR, sich im sog. Nord-Süd-Konflikt zu profilieren, um so weltweit zu dokumentieren, daß sie ein völlig anderer deutscher Staat ist.

4. *Das Bemühen der DDR, sich gegenüber der Bundesrepublik „positiv“ abzugrenzen:* Je häufiger Bonn die These von den „besonderen Beziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten vorbringt, desto umfassender wird Ost-Berlin sich gegenüber Bonn abgrenzen wollen. Die DDR läßt keine Gelegenheit aus, um die Gegensätzlichkeit von „sozialistischer DDR“ und „kapitalistischer BRD“ zu erklären und damit ein „objektiv-bedingtes“ Gegeneinander der beiden deutschen Staaten zu begründen. So hat der ehemalige DDR-Außenminister Winzer im stark voneinander abweichenden Abstimmungsverhalten beider deutscher Staaten während der 28. Sitzungsperiode der Generalversammlung einen Indikator dafür gesehen, „wie verlogen und haltlos die von der Bundesrepublik Deutschland verbreitete These von der Einheit der deutschen Nation ist“. Es hat sich bereits ein deutsch-deutscher „Dialog“ in der Generalversammlung herausgebildet: Wenn Mitglieder der westdeutschen UNO-Delegation etwas zum Selbstbestimmungsrecht oder zu ähnlichen, für die DDR offensichtlich sensitiven Themen sagen, so folgt unverzüglich eine „Klarstellung“ von seiten der DDR. Als beispielsweise Außenminister Genscher auf der 29. Generalversammlung darauf hinwies, daß das „letzte Wort“ über die „deutsche Nation“ vom „deutschen Volk selbst gesprochen“ werden müsse, antwortete DDR-Außenminister Fischer: „Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik hat in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts ein für allemal die sozialistische Gesellschaftsordnung gewählt.“ Beide Delegationen benutzen die UNO als Forum für ihre konkurrierende Auffassung zur „deutschen Frage“.

In der DDR wird durchgängig das Bild vom „aktiven und erfolgreichen“ UNO-Mitglied verbreitet. Es zeigt sich jedoch, daß „aktive Mitarbeit“ nicht gleichzusetzen ist mit einer *umfassenden Mitarbeit*. Prüft man die Mitarbeit der DDR auf den Ebenen „personelle Mitarbeit“, „materiell-finanzielle Mitarbeit“ und „forumsorientierte Mitarbeit“, so liegt der Schwerpunkt der DDR im Bereich der „forums-

orientierten Mitarbeit" unter evidenter Vernachlässigung der anderen beiden Mitarbeitersformen.

Die UNO erhält ihren Stellenwert für die „sozialistische Diplomatie“ als Forum der „Einheitsfront aller friedliebenden antiimperialistischen Kräfte“ zur Anprangerung „imperialistischer Machenschaften“. Pikanterweise sieht die DDR in dem (seltenen) Versuch westlicher Staaten, sich mit Tatbeständen aus dem „real existierenden Sozialismus“ zu beschäftigen, eine „friedensfeindliche“ Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Die „sozialistische Staatengemeinschaft“ vertritt hier offenbar ein Alleinnutzungsrecht des Forumscharakters der Weltorganisation.

Daß die DDR keine umfassende Mitarbeit betreibt, geht auch daraus hervor, daß sie in sechs der 14 Sonderorganisationen nicht vertreten ist. Sie ist bisher weder in der Weltbankgruppe (vier Organisationen) noch in der FAO (Welternährungsorganisation) noch in der ICAO (Internationale Organisation für Zivilluftfahrt) Mitglied geworden. Dieser Tatbestand kontrastiert mit ihrem Drängen in den sechziger Jahren, in *allen* Organisationen der UNO Mitglied zu werden. Ihre wichtigste Begründung im Streben nach „gleichberechtigter Mitgliedschaft“ war dabei die Universalität. Nur die volle Universalität — so die DDR — nutze den Vereinten Nationen.

Die Politik der selektiven Mitgliedschaft der DDR innerhalb des UNO-Systems steht nicht nur im Widerspruch zu ihrer Erklärung, in *allen* UNO-Organisationen „gleichberechtigt“ mitzuarbeiten, sondern kann auch als Verstoß gegen das Kooperationsgebot der Art. 1,4 der UNO-Charta gewertet werden. Die DDR hat sich mit ihrer UNO-Mitgliedschaft zur uneingeschränkten Kooperation im UNO-System verpflichtet. Mit Morawiecki ist davon auszugehen, daß „refusal to participate in the organization can be presented as evidence of a lack of interest in peaceful cooperation“<sup>118)</sup>.

<sup>118)</sup> Wojciech Morawiecki, Institutional and Political Conditions of Participation of Socialist States in International Organizations, in: International Organization, Vol. 23 (1968), pp 494—508, p. 503. Die ein Fernbleiben von internationalen Organisationen „rechtfertigenden“ Gründe wie „Kalter Krieg“, „Mehrheiten gegen die sozialistischen Staaten“ u. a. (Morawiecki) sind zumindest im Falle der FAO und der ICAO nicht gegeben.

Ginge es der DDR tatsächlich um die „edlen Ziele“ (Winzer) der UNO, so würde sie heute aus ihrem *Recht auf* Mitgliedschaft in allen UNO-Organisationen eine *Pflicht zur* Mitgliedschaft in allen Spezialorganisationen machen.

## 2. Der europäische Bezugsrahmen — Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit

Jedem aufmerksamen Leser der DDR-Publizistik fällt auf, daß die KSZE als Zäsur in den intersystemaren Beziehungen kommentiert wird und ihr Ergebnis, die Schlußakte (SA), das wohl meistzitierte Dokument in Reden führender DDR-Politiker und in der einschlägigen DDR-Literatur ist. Nach Auffassung der DDR wirkt „*sich die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit spürbar auf das Verhältnis zwischen den Staaten und Völkern aus*“<sup>119)</sup>.

Wie manifestiert sich die behauptete Wirkung im „Verhältnis zwischen den Staaten und Völkern“? Lassen sich erkennbare und auf die SA rückführbare Wirkungen in den deutsch-deutschen Beziehungen feststellen? Wie sieht die nachprüfbare Wirklichkeit nach Helsinki in den intersystemaren Beziehungen aus?

Es ist unschwer zu erkennen, daß die „Wirkung“ der KSZE zunächst einmal im Kampf um die „richtige“ Interpretation der SA besteht. Der Interpretationsdissens zwischen Ost und West, zwischen der Bundesrepublik und der DDR, läßt sich auf folgende Formel bringen: Beide sprechen zur KSZE, zitieren aus der SA, erörtern mit Hilfe der KSZE-Schlußakte die Entspannungsperspektiven, kommen jedoch zu völlig gegensätzlichen Schlußfolgerungen. Der Grund liegt in den divergierenden Bezugspunkten: Für die einen ist der Korb 1 (10 Prinzipien) mit dem „Oberprinzip“ Unverletzlichkeit der Grenzen und dem Verbot, sich in die „inneren Angelegenheiten“ einzumischen, zentral und gilt als Entspannungstest. Dies ist die Position der DDR. Die anderen, die westlichen Staaten und die Neutralen, richten ihre Aufmerksamkeit mehr

<sup>119)</sup> So Außenminister Fischer in New York vor der XXXI. UNO-Generalversammlung am 4. 10. 1976; in: AK 42/76, S. 329.



auf den Korb 3 mit der Folge, daß in der Verwirklichung von freierem Austausch von Meinungen und Menschen der Entspannungstest gesehen wird, kurz: „die Entspannung muß sich im Alltag der Menschen bewähren“<sup>120)</sup>.

Das Stichwort heißt hier selektive Interpretation. Die SA ist an einigen Stellen interpretationsoffen; dies liegt nicht zuletzt am Kompromißcharakter. Immerhin mußten 35 Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung einen gemeinsamen Nenner finden. Doch der Interpretationsoffenheit sind Grenzen gesetzt.

Die DDR versucht nun dadurch, daß sie die SA als „Kodex der friedlichen Koexistenz“ bezeichnet, dieser einen bestimmten Sinn und damit eine bestimmte Auslegung (Begrenzung) zu geben<sup>121)</sup>. Welche Implikationen es gäbe, wenn die anderen Teilnehmerstaaten die DDR-Auslegung akzeptieren würden, ist bei den Erörterungen zur „friedlichen Koexistenz“ (s. o.) deutlich geworden. Dazu ist zweierlei zu sagen: Der Begriff „Friedliche Koexistenz“ taucht nicht ein einziges Mal in der SA auf. Entscheidender ist jedoch: Die Unterzeichner der SA erklären ihre „Entschlossenheit“, die SA in ihren gegenseitigen Beziehungen anzuwenden, „ein jeder in seinen Beziehungen zu allen anderen Teilnehmerstaaten, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systeme . . .“ (Präambel, Hervorh. d. Verf.). Allein dieser Wortlaut verbietet eine Interpretation unter der Überschrift „friedliche Koexistenz“.

Ohne hier auf Einzelheiten der KSZE und der Position der DDR gegenüber der SA eingehen zu können<sup>122)</sup>, soll kurz die Frage erörtert werden, ob, und wenn ja, welche Implementierungskonzeptionen der DDR zu erkennen sind. Auf der Suche nach einer „consistent

implementation of the provisions of the Final Act“<sup>123)</sup> ist folgendes erkennbar: Aus der *Priorisierung* ausgewählter Prinzipien des Korbes 1<sup>124)</sup> folgt: *Erst* wenn diese (Unverletzlichkeit der Grenzen und Verbot, sich in die „inneren Angelegenheiten“ einzumischen) erfüllt sind, kann man sich mit dem Inhalt des für den Westen im allgemeinen und für die Bundesrepublik im besonderen wichtigen Korbes 3 beschäftigen, d. h. darüber verhandeln. Die „Festlegungen“ von Helsinki“ werden aufgeteilt in *Verhaltensimperative* und mehr oder weniger lockere, d. h. unverbindliche *Verhandlungsindikative*. Als Verhaltensimperativ gelten die ausgewählten Prinzipien des Korbes 1, als unverbindliches Entspannungssymbol sollen dagegen die Bestimmungen des Korbes 3 gelten. Nach DDR-Auffassung sei es durchaus möglich, daß die Körbe 1 und 3 gleichzeitig realisiert werden, allerdings nur unter Wahrung der genannten Prinzipien.

Wenn die Verzahnung zwischen den beiden Körben so hergestellt wird, kommt im Ergebnis eine Blockierung des Korbes 3 heraus. Dies wird etwa in den deutsch-deutschen Beziehungen beim Grundsatz der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ deutlich. Dieser Begriff ist derart schwammig und in der Reichweite willkürlich anwendbar, daß es schwerfallen würde, exakt festzustellen, wann dieses Prinzip „gewahrt“ ist und wann nicht. Obwohl der Begriff der „inneren Angelegenheiten“ ein Schlüsselbegriff der völkerrechtlichen Literatur ist (vgl. hier das bereits zitierte Völkerrechtslehrbuch der DDR von 1973), konnten die zwei entscheidenden Fragen bislang nicht beantwortet werden: Was ist der nicht reduzierbare Kern der „inneren

<sup>120)</sup> Willy Brandt in der Vorwärts-Beilage „Entspannung — Politik mit Zukunft“ (11. 12. 1976), S. 20.

<sup>121)</sup> So Honecker in einem Interview mit dem ND v. 6. 8. 1975, S. 3 f., oder Axen, zit. nach Horizont 42/75, S. 3 f., hier S. 4. Vgl. auch Siegfried Bock (Delegationsleiter der DDR während der Verhandlungsphase in Genf), Ein Jahr nach Helsinki, in: IPW-Berichte 5. Jg. (1976) H. 8, S. 5—13.

<sup>122)</sup> Siehe dazu Wilhelm Bruns, Die DDR und die Schlußakte von Helsinki, in: „Grünbuch“ (hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Bonn) 1977 (i. E.).

<sup>123)</sup> Die „sozialistische Staatengemeinschaft“ reklamiert für sich pauschal und uneingeschränkt diese nicht näher erläuterte „consistent implementation“; vgl. etwa A. Valentinov, One Year After Helsinki, in: International Affairs (Moskau), H. 9/1976, pp 22—29, hier p. 25.

<sup>124)</sup> Die Schlußakte von Helsinki wurde in der Bundesrepublik gedruckt in: Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Vorwärts-Beilage, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Europa-Archiv, Blätter für deutsche und internationale Politik. Grundlage ist hier die KSZE-Dokumentation des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (o. O., o. J.).

Angelegenheiten"? Wann sind „innere Angelegenheiten“ unter den Bedingungen der Internationalisierung aller Lebensvorgänge verletzt? <sup>125)</sup>

### 3. Militärische Ergänzung der politischen Entspannung (MBFR)

Die politische Entspannung, die in der SA kodifiziert worden sei, müsse nun ihre militärische Ergänzung finden und dadurch stabilisiert werden. — diese Formel gehört zur ständigen Argumentationsfigur im DDR-Schrifttum. Es muß hier nicht hervorgehoben werden, daß das unverminderte Wettrüsten à la longue die politische Entspannung gefährden kann. Über die Notwendigkeit von Abrüstung oder zumindest Rüstungskontrolle gibt es keinen Streit zwischen Ost und West. Die Auseinandersetzung konzentriert sich mehr auf die Frage, wie dies geschehen soll. Große Erwartungen richten sich hier auf die Wiener Verhandlungen über eine ausgewogene Truppenreduzierung (MBFR). Bekannt ist der Tatbestand, daß die MBFR-Gespräche, die 1973 begannen, bisher mehr dazu dienten, die kontroversen Positionen von NATO und Warschauer Vertrag auszutauschen. Ein substantielles Ergebnis liegt nicht vor, ist auch nicht in Sicht. Sowohl die NATO als auch der War-

<sup>125)</sup> Im Fall Biermann sah die DDR-Führung in der Ausstrahlung des Biermann-Konzertes durch die ARD eine „Einnischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“. Man bemühte sogar das Völkerrecht, das allerdings nur Staaten als Verletzer eines solchen Prinzips kennt. Der DDR-Begriff von den „inneren Angelegenheiten“ ist derartig weit gefaßt, daß jede DDR-kritische Äußerung irgendeines nicht in der DDR Wohnenden als verbotene „Einnischung“ in diese „inneren Angelegenheiten“ bezeichnet werden kann. Karl-H. Janßen (Biermann und wir, in: Die ZEIT v. 26. 11. 1976, S. 1) ist zuzustimmen: „Mit Recht spricht Ostberlin von einer Einnischung in die inneren Angelegenheiten, aber es hat kein Recht, sich darüber zu beklagen. Der vielgerühmte Geist von Helsinki ... verlangt geradezu den freien Austausch von Meinungen und Informationen.“

schauer Vertrag werfen sich gegenseitig vor, die Verhandlungen zu blockieren.

Nach Auffassung der DDR stehen den „konstruktiven Vorschlägen und Bemühungen“ der sozialistischen Staaten „unrealistische Forderungen“ der NATO gegenüber <sup>126)</sup>. Der Leiter der DDR-Delegation bei den Wiener Verhandlungen, Ingo Oeser, nennt in seiner Würdigung des Verhandlungsstandes noch einmal die „Grundprinzipien“ des Warschauer Vertrages bei jedem Abrüstungsschritt: „Unverminderte Sicherheit aller Beteiligten“, Gewährleistung der „Gegenseitigkeit“ und Gleichwertigkeit der Reduzierungen, Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen <sup>127)</sup>. Die NATO nennt gleichfalls solche „Grundprinzipien“, wenn auch in anderer Terminologie. Solange nicht geklärt ist, was „unverminderte Sicherheit“ ist und ob das gegenwärtige Kräfteverhältnis ausgewogen ist, haben diese schön formulierten Grundsätze lediglich Papierwert. Auch Oeser geht nicht auf die unterschiedlichen Ausgangspositionen von NATO und Warschauer Vertrag ein, die erklären, warum sich in Wien in über 100 Verhandlungsrunden nichts bewegte <sup>128)</sup>.

In einer Übersicht lassen sich die unterschiedlichen Verhandlungsprämissen und -ziele von NATO und Warschauer Vertrag illustrieren:

<sup>126)</sup> So beispielsweise Hermann Axen vor dem 2. ZK der SED (AK 38/76, S. 303).

<sup>127)</sup> Ingo Oeser, Kampf sozialistischer Staaten für praktische Ergebnisse der Wiener Verhandlungen, in: DAP 21. Jg. (1976), S. 805—817, hier S. 807 f.

<sup>128)</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Anders Sandström, M(B)FR. A Non-Starter or a Slow Starter?, in: Cooperation and Conflict, Oslo Vol. 11 (1976) No. 2, pp 71—94. Wenn sich auch nach außen hin wenig zeigt, so meinen Beobachter, daß hinter verschlossenen Türen „gearbeitet“ wird mit dem Ziel einer Truppenreduktion. Voraussetzung dafür ist „ein großer Datenvergleich und Datenkampf“, der nun „in Gang gekommen“ sei. Vgl. „Die Nato berät in Brüssel über den Truppenabbau und die Belgrader Sicherheitskonferenz,“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 8. 12. 1976, S. 2.

	NATO	Warschauer Vertrag
Verhandlungsprämisse (Ausgangspunkt)	Ungleichgewicht in Mitteleuropa (Asymmetrie) NATO-Bodentruppen 770 000	„ungefährer“ Gleichstand  925 000 Bodentruppen <sup>129)</sup>
Verhandlungsvorschlag	Asymmetrische Reduzierung	Symmetrische Reduzierung
Forderung der NATO	70 000	225 000
Verhandlungsziel	Symmetrie	Reduzierung des Gleichstandes auf ein niedrigeres Niveau
Leitvorstellung der NATO	700 000	700 000

Die Crux: Der Warschauer Vertrag nimmt das „bestehende militärische Kräfteverhältnis zur Grundlage“ der Verhandlungen <sup>130)</sup>. Die NATO sieht in dem bestehenden militärischen Kräfteverhältnis eine Bedrohung, weil es nach ihrer Auffassung ungleichgewichtig ist. Daher fordert sie asymmetrische Reduzierungen, damit als Ergebnis eine Parität, also Sicherheit auf niedrigerem Niveau der Rüstung erreicht wird. Der Warschauer Vertrag nennt die auf diesen Vorstellungen der NATO basierenden Überlegungen „unrealistische Forderungen“, weil diese „auf eine Veränderung des bestehenden Kräfteverhältnisses zugunsten der NATO-Staaten hinauslaufen“ <sup>131)</sup>.

Warum das Wettüben trotz der zahlreichen wohlklingenden Bereitschaftserklärungen aus Ost und West weitergeht, hat Außenminister Genscher erklärt: „Solange wir in Wien nicht zu einem Ergebnis kommen, müssen die Verbündeten ihre Verteidigungsanstrengungen auf dem erforderlichen Niveau halten.“ <sup>132)</sup>

<sup>129)</sup> Vgl. hierzu „Nato legt in Wien neue Truppenzahlen vor“, in: FAZ 18.12.1976, S. 3. Der Warschauer Vertrag hat sich lange Zeit überhaupt geweigert, eigene Truppenzahlen zu nennen bzw. NATO-Schätzungen zu bestätigen. Im Sommer 1976 hat er die Stärke seiner Bodentruppen mit 805 000 Mann angegeben.

<sup>130)</sup> Vgl. AK Nr. 33/1976, S. 257 f., hier S. 257.

<sup>131)</sup> Ebenda, S. 257.

<sup>132)</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 58/1976, S. 546.

Mit dem Hinweis auf die NATO rüstet man im Warschauer Vertrag weiter auf — dies ist der Teufelskreis.

Es bestehen begründete Hoffnungen, daß nach dem Amtsantritt J. Carters die Wiener Verhandlungen endlich erste substantielle Ergebnisse bringen werden <sup>133)</sup>.

Die DDR hat eine bestimmte *Abrüstungsdoktrin*, die hier in ihren Grundlinien kurz skizziert werden soll. Zunächst: Sozialistische „Friedenspolitik“ zeigte sich in einer Politik, die auf eine „allgemeine und vollständige Abrüstung“ abziele <sup>134)</sup>.

1. Das „Abrüstungsprinzip“ <sup>135)</sup> der DDR-Außenpolitik folgt aus der behaupteten sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR. Auf der „Wesensebene“ wird der Kausalzusammenhang zwischen Sozialismus und Abrüstung durch die apodiktische Feststellung „Frieden und Sozialismus gehören zusammen“ hergestellt.

<sup>133)</sup> Siehe das SPIEGEL-Gespräch des Bundeskanzlers, 43/1976, S. 36—47, hier S. 45. Leitgedanke: MBFR müsse aus „den taktischen Hakeleien der Experten herausgeführt werden. Dazu müssen die Politiker in Ost- und Westeuropa einen politischen Anstoß geben...“ — Ähnlich auch Willy Brandt in seinem Interview mit dem Bonner Generalanzeiger vom 9. 12. 1976.

<sup>134)</sup> Art. 6 Ziff. 4 der DDR-Verfassung.

<sup>135)</sup> Der Begriff des „Abrüstungsprinzips“ findet sich bei Peter Klein, Zur weiteren Durchsetzung des Abrüstungsprinzips, in: UNO-Bilanz der DDR 1974/1975, S. 30—45.

2. Für die „imperialistischen“ Staaten folgt nach Auffassung der DDR die „Abrüstungspflicht“ aus der UNO-Charta (insbesondere aus dem Gewaltverbot des Art. 2,4).

3. Die DDR greift bei ihrer „Erklärung“, warum die substantiellen Abrüstungsergebnisse bisher ausblieben, auf ihre Kriegsverursachungstheorie zurück<sup>136</sup>). Verkürzt könnte man die zahlreichen DDR-Aussagen zur Frage des Wettrüstens dahin gehend zusammenfassen, daß das Wettrüsten solange anhält, wie es „imperialistische“ Staaten gibt. Die „imperialistischen“ Staaten sind von sich aus nicht zur Abrüstung bereit, sie müssen — so die DDR — zur Abrüstung gezwungen werden. Das „veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens und des Sozialismus“ zwingt die NATO zu Abrüstungsverhandlungen. Immerhin wird damit konzediert, daß der „Kapitalismus“ nicht notwendig das Wettrüsten schüren muß und zur Abrüstung durchaus fähig ist. Diese „Eigenschaft“ wird ihm in vulgärmarxistischen Betrachtungen zum Komplex Rüstung/Abrüstung bestritten.

Die Anpassungsthese aus der DDR dient zur Erklärung des Tatbestandes, daß die USA bei-

---

<sup>136</sup>) Vgl. hier generell zur Kriegsursachentheorie Wolfram Wette, *Kriegstheorien deutscher Sozialisten*, Stuttgart u. a. 1971.

<sup>137</sup>) So Günther Urban, *Welche Faktoren wirken auf die Haltung der USA zu Fragen des Wettrüstens, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ein?*, in: DAP 21. Jg. (1976) H. 1, S. 126—131, hier S. 126. Siehe auch beispielhaft für die DDR-Position Klaus-D. Ernst, *Abrüstung — notwendig und möglich*, in: *Horizont* 5/1976; S. 25 f.

spielsweise zu Rüstungskontrollmaßnahmen bereit sind. Trotz des „militärisch-industriellen Komplexes“ ergebe sich die „reale Möglichkeit der Beendigung des Wettrüstens“<sup>137</sup>). Es komme eben nur auf die Stärke der „Friedenskräfte“ unter der Führung der UdSSR an! Wer die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung als Anpassungsvorgang (in diesem Fall Anpassung des „unverändert aggressiven Imperialismus“ an das „veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des „Sozialismus“) interpretiert, muß erklären, warum die MBFR-Verhandlungen von der NATO und gegen den anfänglichen Widerstand der UdSSR vorgeschlagen wurden. Er muß weiterhin erklären, warum es innerhalb der UNO zwar eine Menge von Abrüstungsresolutionen gibt, aber das von der Mehrheit der UNO-Mitglieder abweichende Stimmverhalten der Sowjetunion und der DDR sich auf den Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle konzentriert (s. UNO). Ferner geht ein solcher Interpretationsansatz davon aus, daß etwa im Rahmen von SALT I und II die UdSSR Initiator aller Kontrollvorschläge ist und die USA sich lediglich beugen. Eine genaue Analyse sowohl der MBFR-Verhandlungen, der Abrüstungsdiskussionen in der UNO wie auch der SALT-Gespräche zeigt, daß alles viel komplizierter ist. Die Kompliziertheit und Komplexität des Gegenstandes „Rüstung/Abrüstung“ wird übrigens von DDR-Autoren durchaus anerkannt<sup>138</sup>).

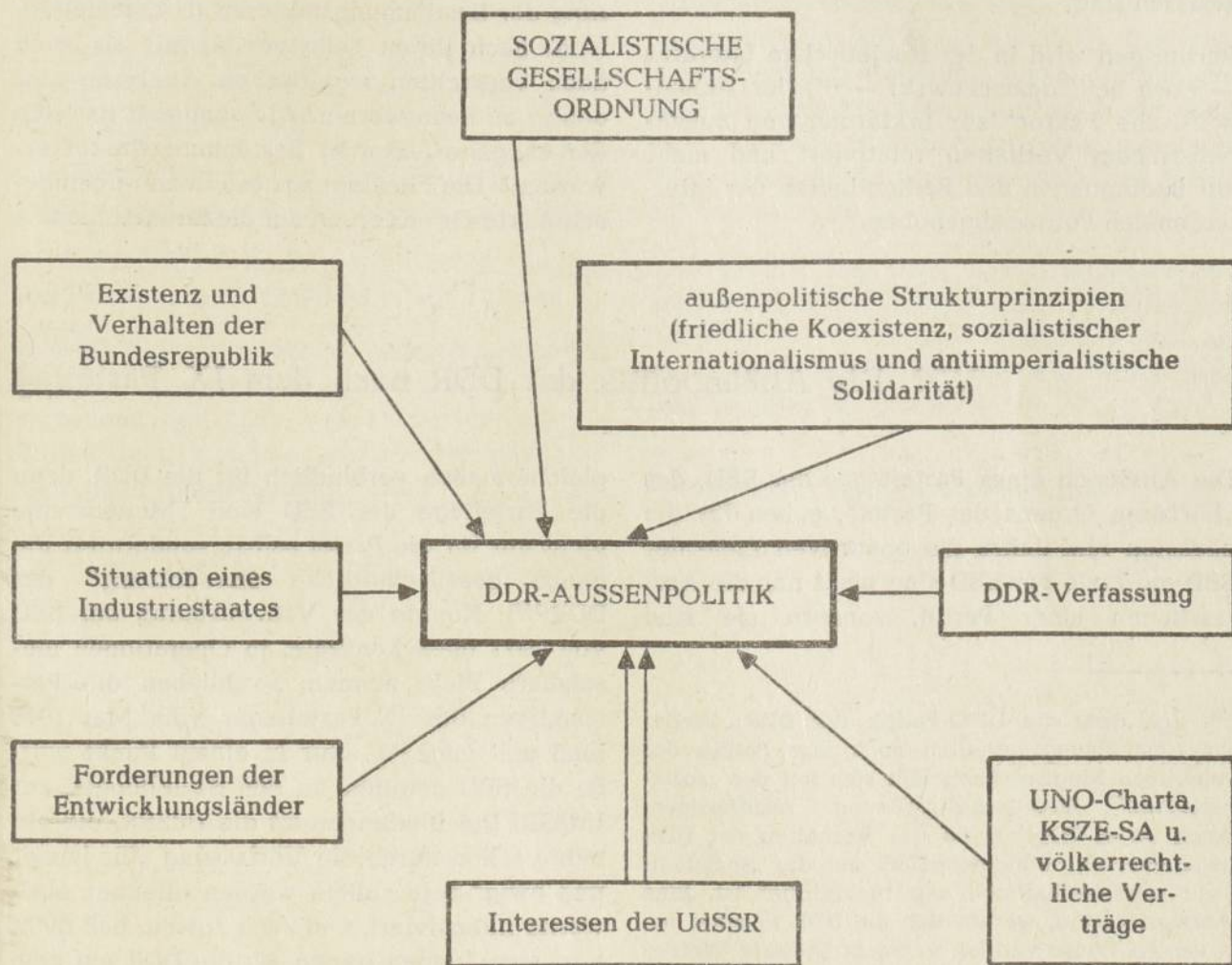
---

<sup>138</sup>) Vgl. Klaus-D. Ernst, *Zu einigen Fragen des Kampfes der sozialistischen Staaten für effektive Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung*, in: DAP 20. Jg. (1975) H. 11, S. 1640—1659, hier insbes. 1658.

## VII. Bestimmungsfaktoren der DDR-Außenpolitik

So reizvoll die Fragestellung „Bestimmungsfaktoren der DDR-Außenpolitik“ ist, so schwierig ist die empirische Feststellung, welche Faktoren das jeweilige außenpoliti-

sche Verhalten der DDR bestimmen. Das Ensemble der von der DDR-Literatur genannten Bestimmungsfaktoren läßt sich im Überblick so darstellen:



Wie wirksam die hier genannten Faktoren und wie verhaltensbestimmend sie sind, kann jeweils nur durch Fallstudien ermittelt werden. Nach Auffassung der DDR-Literatur gibt es nur einen Bestimmungsfaktor, auf den sich die anderen zurückführen lassen: die „sozialistische Gesellschaftsordnung“. These: Der Erklärungsfokus für „sozialistische“ Außenpolitik ist die *sozialistische* Gesellschaftsord-

nung. Es gibt jedoch erhebliche Zweifel, ob mit der „sozialistischen Gesellschaftsordnung“ als zentraler Begründungsfigur das gesamte Außenverhalten der DDR abgedeckt werden kann.

Die Rigidität, mit der dies behauptet wird, kontrastiert in einigen untersuchten Bereichen mit der These, Außenpolitik als *direkte* Fortsetzung (Spiegelung) der Innenpolitik an-

zusehen<sup>139</sup>). Die DDR-Literatur ist bisher über den behaupteten Wirkungszusammenhang von „sozialistischer“ Gesellschaftsordnung und „sozialistischer“ Außenpolitik nicht hinausgekommen. Daß es z. T. angebbare Zusammenhänge zwischen einer bestimmten Gesellschaftsordnung und Außenpolitik gibt, ist auch in der „bürgerlichen“ Wissenschaft unbestritten. Die Frage konzentriert sich hier mehr darauf, wie diese Zusammenhänge zu erfassen sind.

Im übrigen wird in der sowjetischen Literatur — etwa bei Tomaschewski —<sup>140</sup> der „innenpolitische Faktor“ zur Erklärung von außenpolitischem Verhalten relativiert und mehr auf Bedingungen und Bedingtheiten der internationalen Politik abgehoben.

Gegen die These, die eine Zwangsläufigkeit von „sozialistischer Gesellschaftsordnung“ und „sozialistischer Außenpolitik“ unterstellt, sei hier auf Brecht verwiesen: „die außenpolitik der ussr ist zwar die außenpolitik eines staates, in dem ein aufbau sozialistischer elemente stattfindet, aber es ist keine sozialistische außenpolitik.“<sup>141</sup>)

Für die DDR ist die Frage nach der Gewichtung der Bestimmungsfaktoren (Hierarchie) sowohl nach ihrem Selbstverständnis als auch nach versuchten empirischen Analysen eindeutig zu beantworten. Als *dominant* hat sich der exogene (externe) Bestimmungsfaktor erwiesen: Die bedingungslose und uneingeschränkte Orientierung auf die Sowjetunion.

## VIII. Die Außenpolitik der DDR nach dem IX. Parteitag

Die Aussagen eines Parteitages der SED, des „höchsten Organs der Partei“, geben für die nächsten fünf Jahre die operativen Ziele der SED an. Ziele der SED sind nicht nur die Auffassungen einer Partei, sondern sie sind

gleichermaßen verbindlich für die DDR, denn die Parteitage der SED sind „Meilensteine nicht nur für die Partei selbst, sondern für die ganze gesellschaftliche Entwicklung“ der DDR<sup>142</sup>). Konnte der VIII. Parteitag der SED von 1971 noch konkrete, in Operationen umsetzbare Ziele nennen, so blieben die Perspektiven des IX. Parteitages vom Mai 1976 blaß und vage<sup>143</sup>). Nur in einem Punkt wurde die SED deutlich: In den Beziehungen zur UdSSR. Die Bindungen an die UdSSR, die ohnehin schon durch die Verfassung „für immer und ewig“ sein sollen, werden offenbar noch weiter intensiviert, und zwar soweit, daß nicht nur böse Zungen fragen, ob die DDR auf dem Wege zur 16. Sowjetrepublik sei<sup>144</sup>). Die Absicht der SED: Je stärker die Annäherung an die Sowjetunion und je verzweigter die Einbindung der DDR in den Warschauer Pakt und den RGW, desto deutlicher und erfolgrei-

---

<sup>139</sup>) Vgl. dazu die UNO-Politik der DDR: Weder ihr Abstimmungsverhalten noch ihre Politik der selektiven Mitgliedschaft läßt sich mit der „sozialistischen“ Gesellschaftsordnung rechtfertigen. Auch ist es fraglich, ob das Verhalten der DDR gegenüber der Bundesrepublik auf die „sozialistische“ Gesellschaftsordnung rückführbar ist. Eine Antwort darauf, warum sich die DDR in einer bestimmten Weise verhält, versucht Gerhard Wettig: Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschlandfrage 1965—1976. Einvernehmen und Konflikt im sozialistischen Lager, Stuttgart 1976. Die DDR-Literatur hat bisher ihre eigene These: „Sozialistische Gesellschaft“ bringt notwendig „sozialistische“ Außenpolitik hervor, empirisch nicht fundieren können. Vgl. hierzu etwa W. Hänisch/J. Krüger, Dialektik von Innen- und Außenpolitik in der Strategie und Taktik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: DAP 16. Jg. (1971) H. 3, S. 433 bis 450.

<sup>140</sup>) Vgl. D. G. Tomaschewski, Die internationalen Beziehungen der Gegenwart, Berlin (O) 1973, hier insbes. S. 55—62.

<sup>141</sup>) Bertolt Brecht, Arbeitsjournal, 1. Bd. 1938—1942, hrsg. von Werner Hecht, Frankfurt/M. 1973, S. 77.

---

<sup>142</sup>) Vor dem IX. Parteitag, in: ND 15./16. 5. 1976, S. 1 (ungez.).

<sup>143</sup>) Vgl. Wilhelm Bruns, DDR-Außenpolitik auf dem IX. Parteitag der SED, in: Die Neue Gesellschaft, 23. Jg. (1976) H. 8, S. 674—678.

<sup>144</sup>) Vgl. hierzu Ilse Spittmann, Deutschland — nur noch Nostalgie? Zur Verfassungsrevision in der DDR, in: Deutschland-Archiv 7. Jg. (1974) H. 10, S. 1009 f.

cher die Abgrenzung von der „imperialistischen“ Bundesrepublik.

Der DDR-Außenminister Fischer hat auf dem 2. ZK der SED ein Fünf-Punkte-Programm der DDR-Außenpolitik genannt — wohl in Ergänzung und Präzisierung des außenpolitischen Programms des IX. Parteitages der SED — und damit eine Antwort gegeben, was von der DDR in den nächsten fünf Jahren zu erwarten ist:

1. „Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Bruderländer bei der Entfaltung des Annäherungsprozesses“.
2. Unterstützung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge (in der UNO und bei MBFR).
3. Nicht näher qualifizierte Initiativen bei der Umsetzung der Schlußakte von Helsinki.
4. Entwicklung möglichst guter Beziehungen zu allen „kapitalistischen Staaten“ und „entsprechend der Linie des IX. Parteitages die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen“ zur Bundesrepublik.

5. Weitere Festigung der Beziehungen mit den Entwicklungsländern <sup>145)</sup>.

Die Reihenfolge reflektiert eine Rangfolge: Erst die Festigung der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ schafft die Voraussetzung für die anderen Punkte, wobei auch hier sofort auffällt, wie vage die außenpolitische Zielstellung der SED ist. Wenn von der „Linie des IX. Parteitages“ gesprochen wird, so muß festgehalten werden, daß diese „Linie“ nicht erkennbar war. Sie erhält allenfalls Konturen, wenn man darunter eine Konsolidierung außenpolitischer Positionen der DDR unter Verzicht auf neue Initiativen für eine Intensivierung insbesondere der intersystemaren Beziehungen versteht.

Außenpolitik der DDR in den nächsten fünf Jahren dürfte sich stärker als Wirtschafts- und Sozialpolitik im Innern realisieren und als der Versuch, die Beziehungen zur UdSSR noch „brüderlicher“ zu gestalten.

---

<sup>145)</sup> Hier zitiert nach AK 37/1976, S. 293.

## Ausgewählte Literatur zur DDR-Außenpolitik

### I. Zur sozialistischen Außenpolitik (allgemein):

*Bruns, Wilhelm*, Friedliche Koexistenz. Ideologie und Außenpolitik kommunistischer Staaten, Hamburg 1976.

*Jegorow, W. N.*, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin (O) 1972.

*Krippendorff, E.*, Das Internationale System zwischen Stabilisierung und Klassenkampf, in: ders. (Hrsg.), Probleme der internationalen Beziehungen, (eds 593) Frankfurt/M. 1972, S. 9—33.

*Möller, Walter/Vilmar, Fritz*, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, (= rororo-aktuell 1551) Reinbek 1972.

*Tomaschewski, D. G.*, Die internationalen Beziehungen der Gegenwart, Berlin (O) 1973 (inhaltsidentische westdeutsche Ausgabe, Frankfurt/M. 1973).

*Lenin, W. I.*, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik. Bericht des Zentral-Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß vom 23. Dez. 1921, Lenin-Werke (LW) Bd. 33.

### II. Zur Außenpolitik der DDR

*Busse, H./Hänisch, W.*, Friedliche Koexistenz — Grundprinzip der Außenpolitik der DDR, in: DAP 19. Jg. (1974), H. 1, S. 18—39.

*Busse/Lingner*, Die internationale Stellung der DDR (= Blickpunkt Weltpolitik), Berlin (O) 1974.

*Dasbach-Mallinckrodt, Anita*, Wer macht die Außenpolitik der DDR?, Düsseldorf 1972.

*End, Heinrich*, Zweimal deutsche Außenpolitik, Köln 1973.

*Fischer, Oskar*, 20 Jahre Warschauer Vertrag, in: DAP 20. Jg. (1975), H. 5, S. 645—658.

*Florin, Peter*, Zur Außenpolitik der souveränen sozialistischen DDR, Berlin (O) 1967.

*Geschichte der Außenpolitik der DDR*, Abriß, Berlin (O) 1968.

*Hänisch, W.*, Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Bd. 1 (1949—1955), Berlin (O) 1972 (Bd. 2 ist bislang nicht erschienen).

*Hänisch, W./Krüger, J.*, Dialektik von Innen- und Außenpolitik in der Strategie und Taktik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: DAP 16. Jg. (1971) H. 3, S. 433—450.

*Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft*, Berlin (O) 1973 ff.

*Kollektiv*, Außenpolitik der DDR — für Sozialismus und Frieden, Berlin (O) 1974.

*Leptin, G.* (Hrsg.), Die Rolle der DDR in Osteuropa, Berlin (W) 1974.

*Neubert, Harald*, Zur Dialektik von Nationalem und Internationalem in der Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft, in: DAP 19. Jg. (1974) H. 2, S. 281—292.

*Ott, Harry*, Zum Klassencharakter der Außenpolitik der DDR, in: DAP 17. Jg. (1972), H. 3, S. 421—430.

*Radde, Jürgen*, Die außenpolitische Führungselite der DDR, Köln 1975.

*Rexin, Manfred*, DDR, in: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 3, Der Zwang zur Partnerschaft, München/Wien 1972, S. 89—111.

Wichtige Aufsätze zur Außenpolitik der DDR finden sich in der in Ost-Berlin erscheinenden „Deutschen Außenpolitik“ (DAP), in der dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) nahestehenden Wochenschrift „Horizont“ und völkerrechtlich akzentuiert in „Staat und Recht“ (SuR). Das aufmerksame Studium dieser Zeitschriften ermöglicht ein authentisches Verständnis der DDR-Außenpolitik und gibt einen Einblick in die Außenpolitikforschung der DDR.

Für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland ist die in Köln erscheinende Monatszeitschrift „Deutschland-Archiv“ hervorzuheben, die als einziges westdeutsches Periodikum kontinuierlich und kompetent die Außenpolitik der DDR analysiert.



# Östliche Entspannungspolitik zwischen Zusammenarbeit und Abgrenzung

## I.

Im Blick auf die Entspannungspolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten springt ein Paradox ins Auge, daß nämlich gegenüber den westlichen Ländern zugleich Zusammenarbeit und Abgrenzung betrieben werden. „Zusammenarbeit“ wird verstanden als ein Zusammenwirken zwischen mehreren Seiten, die ihre jeweiligen Zwecke nur zusammen erreichen. Wie Thomas Schelling<sup>1)</sup> und, ihm folgend, Lothar Brock<sup>2)</sup> dargelegt haben, impliziert eine derartige Zusammenarbeit nicht nur ein kooperatives Verhältnis des Einvernehmens, sondern auch ein gegensätzliches Verhältnis des Konflikts. Die gemeinschaftliche Problemlösung schließt also nicht aus, daß die Kooperierenden unterschiedliche Endzwecke verfolgen oder über die Aneignung der gemeinsam erworbenen Vorteile in Streit miteinander geraten.

„Abgrenzung“ dagegen bezeichnet ein Stadium des Konflikts, welches das Zusammenwirken unmöglich macht. Die Mitwirkung der anderen Seite erscheint unerträglich und wird daher bekämpft. Man verfolgt seine Zwecke allein und in antagonistischem Vorgehen gegenüber der anderen Seite; man entscheidet sich für ein isoliertes Handeln. In den Ländern des sowjetischen Machtbereichs ist das Gegeneinander der Abgrenzung darüber hinaus mit dem Gebot verbunden, daß die eigene Gesellschaft den Kontakt und den Dialog mit der anderen Seite zu meiden hat. Abgrenzungspolitik ist daher in diesem Verständnis zugleich Abschirmungspolitik.

Auf der Basis dieser begrifflichen Vorklärungen läßt sich die Fragestellung klar umreißen: Aus welchen Gründen und in welcher Weise wird in der östlichen Politik die Mitwirkung der westlichen Länder zugleich angestrebt und ausgeschlossen?

Der paradoxe Sachverhalt soll zuerst von der

<sup>1)</sup> Thomas Schelling, *The Strategy of Conflict*, New York 1963.

<sup>2)</sup> Lothar Brock, *Problemlösung und Interessenpolitik. Friedenspolitische Funktionen einer gesamt-europäischen Zusammenarbeit*, in: *Friedensforschung — Entscheidungshilfe gegen Gewalt*, hrsg. von Manfred Funke, München 1975, S. 288—290.

theoretischen Selbstdeutung her beleuchtet werden, welche die Sowjetunion und ihre Verbündeten ihrer Entspannungspolitik mit der Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ und den dazugehörigen Thesen geben. Im Blick auf das Problem sind vor allem zwei Punkte wichtig:

1. Die begrenzte Zusammenarbeit im zwischenstaatlichen Bereich, d. h. zwischen den Staats- und Wirtschaftsapparaten, soll strikt getrennt bleiben von der unbegrenzten Auseinandersetzung im gesellschaftlichen Bereich, besonders vom „ideologischen Kampf“, also von dem Ringen um die Loyalität der Bevölkerung und um den bestimmenden Einfluß in den innerstaatlichen Apparaten. Michail Suslov hat darauf hingewiesen, daß der „ideologische Kampf“ nur zwischen den Gesellschaften von Ost und West und innerhalb der westlichen Gesellschaften ausgetragen werden dürfe. Keinesfalls jedoch soll er innerhalb östlicher Gesellschaften stattfinden<sup>3)</sup>.

2. Ungeachtet der vorgesehenen Trennung zwischen beiden Bereichen fürchten die östlichen Führungen stets mögliche Ausweitungseffekte der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf die gesellschaftliche Ebene. Die These, daß sich mit fortschreitender Entspannung der „ideologische Kampf“ nicht abschwäche, sondern im Gegenteil verschärfe<sup>4)</sup>, zielt auf das Kontern derartiger Tendenzen ab: Die vermehrte Zusammenarbeit auf der zwischenstaatlichen Ebene, so lautet die darin enthaltene operative Aussage, müsse durch vermehrte Gegenmaßnahmen im gesellschaftlichen Bereich kompensiert und eingedämmt werden. Diese Logik beruht auf der Prämisse, daß die Systeme des Ostens und des Westens unabänderlich antagonistisch seien und daß daher Schaden zu befürchten stehe, wenn die beiden Gesellschaften direkt aufeinanderstießen (wenn also die intersystemare Berührung nicht durch die Lenkungsapparate dämpfend vermittelt werde).

<sup>3)</sup> Rede von Michail Suslov am 13. 7. 1973, in: *Pravda*, 14. 7. 1973.

<sup>4)</sup> Rede von Leonid Breshnev am 29. 3. 1968, in: *Pravda*, 30. 3. 1968.

## II.

Politische Theorien sind bei Marxisten-Leninisten keine rein akademischen Deutungsversuche von Sachverhalten. Gemäß dem Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis handelt es sich immer zugleich um Anleitungen zum Handeln. Die Analyse dessen, wie der Entspannungsprozeß gesetzmäßig verlaufe, sagt also etwas darüber aus, wie er nach Absicht der östlichen Führungen verlaufen sollte. Im Blick darauf läßt sich fragen, ob der Entspannungsprozeß tatsächlich so verläuft wie vorgesehen. Westliche Politikwissenschaftler haben diese Frage gegensätzlich beantwortet. Die eine Schule ist — mit Unterschieden im einzelnen — grundsätzlich genau so wie die östlichen Theoretiker der Auffassung, daß die östliche Abgrenzungspolitik ein notwendiges Korrelat der Ost-West-Zusammenarbeit sei. Demgegenüber glaubt die andere Schule, daß — zumindest auf längere Sicht hin — Zusammenarbeit und Abgrenzung sich wechselseitig ausschließen, weil nur entweder das eine oder das andere Prinzip gelten könne.

Am vollständigsten stimmt mit der östlichen Doktrin Wilfried von Bredow überein. Ja, er akzentuiert die östliche Auffassung noch durch die These, daß der Systemantagonismus bei jedem einzelnen Akt der Zusammenarbeit das Leitprinzip darstelle: Nur soweit jede Seite die andere zu übervorteilen glaube, könne überhaupt Zusammenarbeit stattfinden<sup>5)</sup>. Bernard Willms sieht das Ost-West-Verhältnis unter dem mehr philosophischen Blickwinkel einer dialektischen Gegensatzbeziehung zwischen den Prinzipien des „Kapitalismus“ und des „Sozialismus“. Folglich nimmt er an, daß beides sich wechselseitig negiere, d. h. auf die Vernichtung der jeweiligen anderen Seite aus sei. Wenn nun mittlerweile objektive Erfordernisse der Zusammenarbeit entstanden sind, können diese nur so weit zur Geltung kommen, wie beide Seiten einander das Recht zubilligen, den potentiell systemvernichtenden Einfluß des Gegenüber abzublocken<sup>6)</sup>. Auch

<sup>5)</sup> Wilfried von Bredow, Antagonistische Kooperation als Form der Systemkonkurrenz, in: *Friedensforschung*, a. a. O., S. 315—319; Wilfried von Bredow, Zur Bedeutung des Prinzips der Abgrenzung in der Theorie der Friedlichen Koexistenz, in: *Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa*, hrsg. von Gerda Zellentin, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V., Bd. 2, Boppard 1976, S. 157—160.

<sup>6)</sup> Bernard Willms, Zur Dialektik von Kooperation und Abgrenzung im Entspannungsprozeß zwischen Ost und West, in: *Annäherung*, a. a. O., S. 74—76.

Lothar Brock und Hanns-Dieter Jacobsen sehen die Abgrenzungspolitik als unerlässlich für die östlichen Führungen an, wenn diese sich bedrohlicher innenpolitischer Folgen der Ost-West-Zusammenarbeit erwehren wollen<sup>7)</sup>.

Optimistische Entspannungsbeefürworter haben eine Gegenauffassung formuliert. Gemeinsam ist allen die Überzeugung, daß die Entspannung unteilbar sei und daß daher langfristig die Zusammenarbeit in einem Bereich nicht möglich sei, wenn es daneben in anderen Bereichen die Verweigerung von Zusammenarbeit gebe. Besonders ausgeprägt ist diese Überzeugung in der neofunktionalistischen Theorie, die Gerda Zellentin von der westeuropäischen Integration auf die Ost-West-Beziehungen übertragen hat<sup>8)</sup>. Diese Auffassung findet sich in der Literatur aber auch ohne eine nähere theoretische Begründung. So glaubte Peter Bender 1968 voraussagen zu können, daß, wenn die Bundesregierung ein normales und kooperatives Verhältnis zur DDR-Führung anbahne, diese mit der Bereitschaft zur Öffnung ihrer Gesellschaft gegenüber Westdeutschland reagieren werde. Die Vertrauensbildung zwischen den Führungskreisen sollte notwendigerweise eine Annäherung der Gesellschaften nach sich ziehen<sup>9)</sup>. Eine ähnliche Logik vertritt Helga Haftendorn. Sie meint, daß zwischen Ost und West generell eine kooperative Beziehung entstanden sei und schließt daraus, daß die Abgrenzungspolitik der DDR unhaltbar werden müsse<sup>10)</sup>. Die Prämisse derartiger Argumentationen ist, daß nicht ein Antagonismus, sondern eine latente Konvergenz der Interessen das Ost-West-Verhältnis bestimme. Demzufolge komme es nur darauf an, die bisher nicht aktualisierten Gemeinsamkeiten zum Tragen zu bringen.

<sup>7)</sup> Hanns-Dieter Jacobsen, Kooperation und Abgrenzung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, in: *Annäherung*, a. a. O., S. 438; Lothar Brock, Möglichkeiten und Grenzen einer konstruktiven Abgrenzungspolitik in den intersystemaren Beziehungen, in: *Annäherung*, a. a. O., S. 198—201.

<sup>8)</sup> Gerda Zellentin, *Intersystemare Beziehungen in Europa*, Leyden 1970.

<sup>9)</sup> Peter Bender, Zehn Thesen für die Anerkennung der DDR, Frankfurt/M. 1968, S. 58—60, 83—91.

<sup>10)</sup> Helga Haftendorn, Bedingungen einer Politik der Entspannung, in: *Friedensforschung*, a. a. O., S. 241—243.

Der bisherige Entspannungsverlauf scheint solchen Hoffnungen wenig zu entsprechen. Die Vermutung der größeren Realitätsnähe liegt daher bei den Theorien, nach denen sich Zusammenarbeit nicht ohne gleichzeitige Abgrenzung praktizieren läßt. Die Begründung für diese These lautet, daß die Zusammenarbeit mit dem Westen für die östlichen Führungen das Problem mit sich bringe, daß westliche Einflüsse die östlichen Gesellschaften penetrierten. Unter „Penetration“ wird hier — anders als bei James Rosenau — das Eindringen systemgefährdender Wirkungen von außen verstanden, welche die Selbstbestimmung einer Gesellschaft durch Fremdbestimmung zu ersetzen drohen. Westliche Reisende in östlichen Ländern, so heißt es beispielsweise, könnten gewollt oder ungewollt als Propagandisten westlicher Lebensformen auftreten; die Zusammenarbeit zwischen westlichen und östlichen Betrieben könne im Osten zur Ausbildung einzelbetrieblicher Egoismen führen, welche die staatliche Wirtschaftsplanung und das staatliche Außenhandelsmonopol beeinträchtigten.

Damit ist ein neuer Problemhorizont aufgerissen: Den westlichen Kooperationspartnern steht auf der östlichen Seite nicht mehr notwendigerweise der „Sozialismus“ oder die „sozialistische Gemeinschaft“ als einheitliches, geschlossenes Ganzes gegenüber. Es kann vielmehr Differenzierungen geben. Neben den Führungen können gesellschaftliche Gruppen stehen, die sowohl gegenüber der jeweiligen Führung als auch untereinander unterschiedliche Interessen und Auffassungen vertreten.

Diese Sicht der Dinge bestätigt sich in der politischen Realität. Zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern hat es im Osten Tendenzen gegeben, welche die offiziell verordnete Geschlossenheit durchbrochen haben und daher von den Führungen als bedrohlich empfunden worden sind. Wenn dann die Rede von westlicher Penetration gewesen ist, dann diente dies zwar der Diskreditierung und der Bekämpfung der betreffenden unerwünschten Entwicklungen, sagte aber meist wenig über die tatsächlichen Zusammenhänge aus. Die westlichen Einwirkungsmöglichkeiten in den osteuropäischen Gesellschaften sind außerordentlich begrenzt

Gegen eine generelle Vermutung von westlichen Penetrationen im Osten hat freilich Lothar Brock eine Warnung ausgesprochen: Nicht immer, wenn östliche Abgrenzungsmaßnahmen mit Hinweisen auf westliche „Subversion“ begründet würden, gehe es auch tatsächlich um die Abwehr von fremdbestimmenden Einwirkungen. Daraus folgt die kritische Frage: Benutzen die östlichen Führungen die Penetrationsthese nicht vielfach nur zu dem Zweck, ein Versagen ihrer Gesellschaftspolitik dem Westen anzulasten und dann die in Wirklichkeit hausgemachten gesellschaftlichen Spannungen mit Hilfe einer angeblichen Abgrenzungspolitik zu unterdrücken? Mit anderen Worten: Ist das, was als Abgrenzungspolitik präsentiert wird, in Wahrheit oft nicht eine Repressionspolitik, die sich gegen eigenständige Entwicklungstendenzen der östlichen Gesellschaften richtet? Aus diesen Überlegungen erwächst die Forderung, es müsse in jedem Einzelfalle geprüft werden, ob Abgrenzungsmaßnahmen tatsächlich Reaktionen auf systembedrohende Folgen der Ost-West-Zusammenarbeit darstellten <sup>11)</sup>.

### III.

— vor allem, wenn man sie mit dem Einfluß vergleicht, dessen sich die kommunistischen Führungen in den jeweiligen Ländern bedienen können. Oft läßt es sich auch nachweisen, daß aus dem Westen keine klare oder gar gezielte Einflußnahme erfolgt ist, und schon gar nicht im Sinne einer politischen Mobilisierung und Organisierung.

Die reformkommunistischen Tendenzen in der Tschechoslowakei gingen wesentlich auf einheimische Wurzeln zurück. Auch die gesellschaftliche Bewegung, die gegenwärtig in verschiedenen osteuropäischen Ländern zu beobachten ist, läßt sich nicht auf westliche Propaganda oder gar westliche Nötigung zurückführen. Vielmehr sind durch die Schlußakte der KSZE und auch durch die Plädoyers einzelner kommunistischer Westparteien auf der Ost-Berliner Konferenz Erwartungen geweckt worden. Wie aus einer Studie von Sergej Voronicyn hervorgeht, hat in der Sowjetunion die amtliche Schulungskampagne, die der Bevölkerung das KSZE-Ergebnis als einen Erfolg, ja als einen Durchbruch der sowjetischen Entspannungspolitik nahebringen soll

<sup>11)</sup> Lothar Brock, *Möglichkeiten*, a. a. O., S. 209.

te, sehr wesentlich zu der Aufmerksamkeit beigetragen, welche die Bestimmungen des „Korbes 3“ in breiten Kreisen der Gesellschaft gefunden haben<sup>12)</sup>. In derartigen Fällen ist deutlich, daß es nur die Wünsche und Bedürfnisse einheimischer Kräfte sein können, welche die Resonanz und damit die Bewegung hervorgebracht haben.

Was die östlichen Führungen als westliche Penetration ansprechen, muß allerdings praktisch als solche zwischen Ost und West erörtert werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß die mit der Penetrationsthese begründete Politik darum auch schon notwendigerweise gegenüber dem Westen durchgesetzt würde. Es könnte ja sein, daß die Zusammenarbeit mit dem Westen auch an diesem Punkt Rücksichten auf den Westen erfordert. Daher die Frage: Läßt sich so, wie das östliche Konzept es vorsieht, die Abgrenzung gegenüber dem Westen völlig unbeeinträchtigt von der Zusammenarbeit mit dem Westen praktizieren? Oder zieht die Zusammenarbeit im zwischenstaatlichen Bereich auch gegen den Wunsch der östlichen Führungen allmählich kooperative Konsequenzen im gesellschaftlichen Bereich nach sich?

Bei den Verhandlungen über die Normalisierungsverträge der Jahre 1970 bis 1972 und über die Schlußakte der KSZE haben die östlichen Regierungen versucht, die Erörterungen von vornherein auf zwischenstaatliche Probleme zu beschränken. Die Fragen des zwischenmenschlichen Kontakts, der zwischengesellschaftlichen Verbindungen und der grenzüberschreitenden Information sollten völlig ausgeklammert bleiben. Das ist nicht gelungen. Daraufhin haben sich die östlichen Regierungen bemüht, von den westlichen Ländern hinsichtlich der gesellschaftlichen Berührungen Wohlverhaltens- und Überwachungsgarantien zu erlangen. Auch das hat sich nicht durchsetzen lassen. Die „menschlichen Erleichterungen“ im Berlin-Abkommen und in den Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten enthalten ebenso wenig wie das Kapitel „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ der KSZE-Schlußakte irgendeine Klausel, welche die westliche Seite zu einer Befriedigung östlicher Kontrollforderungen verpflichten würde. Die östliche Abgrenzungspolitik hat, wenn auch nur sehr begrenzt, Einschränkungen erfahren. Das ist auch grundsätzlich von großer

<sup>12)</sup> Sergej Voronicyn, Tema Chel'sinki — v so-vetskij vnutrennej propagande, Radio Svoboda, RS 5/77, 4. 1. 1977.

Bedeutung: Die Fragen der Abgrenzung sind nämlich auf diese Art international zum Verhandlungsgegenstand geworden; die Einhaltung der östlicherseits übernommenen Pflichten kann angemahnt werden, ohne daß dagegen mit dem Argument der Nichteinmischung Einspruch erhoben werden kann.

Das hat bedeutsame Folgen für die Warschauer-Pakt-Staaten. Die innenpolitische Handlungsfreiheit der Führungen ist verringert, auch wenn das nur marginale Bereiche zu betreffen scheint. Die Regime des sowjetischen Machtbereichs reagieren darauf mit einem zweifachen Bemühen: Zum einen suchen sie die zwischenstaatlich festgelegten Regelungen durch innerstaatlich-administrative Gegenmaßnahmen zu kontern und so wenigstens teilweise zu entwerten (vor allem die SED-Führung); zum anderen werden die zwischenstaatlich ausgehandelten Maßregeln so interpretiert und angewendet, daß möglichst wenig reale Veränderungen daraus resultieren (so vor allem in bezug auf die KSZE-Schlußakte).

Derartigen Praktiken liegt die Prämisse zugrunde, daß die Apparate von Partei und Staat die innenpolitische Situation voll kontrollierten und daher die innenpolitische Praxis nach Belieben manipulieren könnten. Dieses Kalkül läßt einen entscheidenden Faktor außer Betracht: nämlich die psychologischen Rückwirkungen der zwischenstaatlichen Vorgänge auf breite Kreise der Bevölkerung. Es sind Erwartungen geweckt worden, welche die Führungen nicht erfüllen wollen. Ermutigt durch die zwischenstaatlichen Entwicklungen zwischen Ost und West, regen sich in den östlichen Gesellschaften Bedürfnisse außerhalb des von oben vorgesehenen Rahmens. Natürlich können die Führungen eine Erfüllung der Hoffnungen verweigern. Wichtig jedoch ist, daß sie die Erwartungen nicht beliebig manipulieren können. Vielfache Dämpfungsversuche sind fehlgeschlagen. Die Enttäuschung von weiter gehegten Erwartungen aber hat einen politischen Preis. Gesellschaftliche Gruppen, die ihre für berechtigt gehaltenen Vorstellungen getäuscht sehen, reagieren mit Ressentiments gegenüber dem Regime.

Auch in außenpolitischer Hinsicht ergeben sich Hemmnisse für die innenpolitische Handlungsfreiheit der östlichen Führungen. Die Entspannungspolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hat zur Voraussetzung, daß der Entspannungswille für die Regierungen und die Öffentlichkeit im Westen glaubwür-

dig ist und bleibt. Wenn nun innenpolitische Repressionsmaßnahmen innerhalb des sowjetischen Machtbereichs zu negativem Aufsehen im Westen führen und als entspannungswidrig gelten, beeinträchtigt dies die mit dem Entspannungsprinzip operierende sowjetische Westpolitik. Wie sich gezeigt hat, hat sich in

Einzelfällen die sowjetische Führung im Interesse ihres Entspannungsrufes zu innenpolitischen Korrekturen genötigt gesehen. Das schließt freilich nicht aus, daß an anderer Stelle, auf die sich westliche Aufmerksamkeit nicht richtet, gleichzeitig erhebliche Verschärfungen eintreten.

#### IV.

Die Abgrenzungsfähigkeit der östlichen Führungen unterliegt also Komplikationen. Das aber bedeutet nicht notwendigerweise, daß auch ihr Abgrenzungsbedürfnis abnehmen würde. Daher muß die These, daß proportional zum Ausmaß der Ost-West-Zusammenarbeit auch das offizielle östliche Abgrenzungsbedürfnis wachsen müsse, untersucht werden. Es ist daher zu fragen: Ist die Zusammenarbeit mit dem Westen notwendigerweise für die östlichen Führungen mit innenpolitischen Herausforderungen verbunden? Oder kann die Zusammenarbeit mit dem Westen auch innenpolitische Wirkungen nach sich ziehen, die den östlichen Machthabern willkommen sind?

Der Blick richtet sich in diesem Kontext zunächst auf die Wirtschaftsprobleme. Dem östlichen Wirtschaftssystem ist eine technische Innovationsschwäche eigen<sup>13)</sup>. Außerdem besteht im zivilen Produktionssektor ein chronischer Mangel an Investitionskapital. Den östlichen Führungen stehen eigene Abhilfemöglichkeiten zu Gebote: Sie könnten mit Wirtschaftsreformen die Eigenverantwortung und das Eigeninteresse der Produzenten an der Produktionseffizienz steigern; eine Verlagerung finanzieller Mittel aus dem militärischen Sektor in die Zivilwirtschaft könnte Geldmittel freisetzen. Beides aber erscheint der sowjetischen Führung unannehmbar. Statt dessen wählt sie den Ausweg, technisches Know-how und Kredite aus dem Westen zu beschaffen. Dieser Ausweg ist nicht nur wirtschaftspolitisch wichtig; er hat auch erhebliche innenpolitische Bedeutung.

<sup>13)</sup> Jürgen Nötzold zusammen mit G. Fink/H.-J. Wagener/J. Sláma/H. Vogel, Untersuchungen zur Durchsetzung des technischen Fortschritts in der sowjetischen Wirtschaft, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP — S 207/207 A, Ebenhausen, Dezember 1972.

Die östlichen Führungen sehen sich seit langem mit der Erwartung der Bevölkerung konfrontiert, daß der Lebensstandard allmählich steigen müsse. Nur wenn sie diesen Erwartungen in gewissem Umfange entsprechen, können sie ihre Machtposition und die Herrschaftsstrukturen auf die Dauer vor der eigenen Öffentlichkeit legitimieren. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit dem Westen hat also für die östlichen Führungen durchaus eine positive innenpolitische Funktion. Das gilt auch noch in weiterer Hinsicht: Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben die Bevölkerung der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder an der Wahrung des Friedens außerordentlich interessiert gemacht. Die östlichen Führungen können sich also durch eine Politik, welche die Spannungen mit dem Westen verringert und damit auch mögliche Kriegsgefahren eindämmt, Zustimmung im eigenen Lande verschaffen. Die östlichen Verlautbarungen lassen dieses auch innenpolitisch motivierte positive Interesse an einer begrenzten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit dem Westen sehr deutlich werden. Die Entschärfung direkter zwischenstaatlicher Spannungen mit NATO-Ländern, der Rüstungskontroll-Dialog mit westlichen Regierungen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen werden auf der Erfolgsseite verbucht. Problematisch erscheint lediglich der Aspekt der zwischengesellschaftlichen Verbindungen; sie sollen möglichst nicht in den Entspannungsprozeß einbezogen werden<sup>14)</sup>.

<sup>14)</sup> Gerhard Wettig, Die Strategie der Annäherung und der Abgrenzung in der Westpolitik der UdSSR und der DDR (1966—1975), in: *Annäherung*, a. a. O., S. 293—370.

## V.

Die östliche Abgrenzungspolitik ist ein Reflex der Tatsache, daß in den kommunistisch regierten Ländern untergründige Spannungen herrschen, die das Regime im Interesse der ideologisch postulierten gesellschaftlichen Geschlossenheit und im Interesse seiner uneingeschränkten Herrschaft unterdrückt. Abgrenzung erscheint aus dieser Sicht heraus notwendig, um einheimische Emanzipationskräfte, die entweder nur sekundär Kontakt zur westlichen Welt gefunden haben oder aber vielfach überhaupt nicht mit dem Westen verbunden sind, verteufeln und aburteilen zu können. Je mehr Ost-West-Berührungsflächen durch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit geschaffen werden, desto mehr wachsen tendenziell die Empfindlichkeit und das Mißtrauen der meisten sowjetkommunistischen Führungen hinsichtlich möglicher Erosionsentwicklungen im eigenen Lager. Gleichzeitig jedoch bieten sich einer westlichen Entspannungspolitik, die sich gegen die östlicherseits angestrebte Trennung von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und gesellschaftlicher Abgrenzung wendet, vermehrte Erfolgsaussichten. Das Ergebnis ist, daß die östlichen Führungen zwar einerseits oft die Repression im Inneren verstärken, andererseits aber zunehmend zu partiellen Rücksichtnahmen auf Erfordernisse der Westkooperation genötigt sind.

Die Beharrlichkeit und das Geschick, mit dem die westlichen Akteure dem östlichen Ansinnen entgegenwirken, daß jeweils nach Maßgabe des östlichen Vorteils (und weithin zugleich westlichen Nachteils) Zusammenarbeit oder Abgrenzung praktiziert werden müsse, wird darüber entscheiden, ob sich im sowjetischen Lager die Tendenz zu mehr oder zu weniger Abgrenzung bzw. Repression durchsetzt. Die Ost-West-Auseinandersetzung geht — was immer die östliche Propaganda verschleiern zu suggerieren sucht — nicht um das Daß, sondern um das Wie der Entspannung: Beide Seiten haben sich so weitgehend auf die Entspannung eingerichtet, daß — außerhalb des hypothetischen Falles einer Krise von gewaltigen Ausmaßen — ein völliges Abgehen von den bisher etablierten Beziehungsstrukturen wenig wahrscheinlich ist. Die Spielregeln der Entspannung jedoch sind flexibel und werden durch das Zusammenwirken der Verhaltensmuster auf beiden Seiten konstituiert. Nur Spielregeln, die nicht einseitig begünstigen, enthalten die Chance in sich, daß es zu ausgewogenem Interessenausgleich kommt und daß militante Verhaltensformen keinen Bonus erbringen. Auf dieser Basis allein erscheint ein Lernprozeß auf lange Sicht hin denkbar, der die gegenwärtige begrenzte und teilweise Entspannung allmählich durch Schritte auf eine wirkliche Friedensordnung hin ablösen könnte.

## **Wilhelm Bruns: Sozialistische Außenpolitik oder Außenpolitik der DDR? Zu einigen Grundfragen der DDR-Außenpolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/77, S. 3—32

Ausgangspunkte für die Analyse der DDR-Außenpolitik sind ein feststellbarer *Tatbestand*, ein ambitiöser *Anspruch* der SED-Führung sowie eine lückenhafte Forschungs- und Lehrsituation in der Bundesrepublik über die DDR.

Tatbestand ist: Die DDR ist ein Staat, der inzwischen von nahezu 120 Ländern diplomatisch anerkannt ist, seit 1973 der UNO angehört und an der multilateralen Konferenzdiplomatie (KSZE, MBFR u. a.) gleichberechtigt teilnimmt.

Kennzeichnend für das Selbstverständnis der DDR-Außenpolitik ist der Dreiklang: „prinzipientreu“, „erfolgreich“ und „wissenschaftlich begründet“. Die DDR steht unter dem ambitiösen Anspruch, nicht irgendeine, sondern eine „sozialistische“ Außenpolitik zu vertreten. Wie konkretisiert sich sozialistische Außenpolitik? Liegen die behaupteten Unterschiede „sozialistischer Außenpolitik“ etwa zur „imperialistischen Außenpolitik“ in den Zielen, im Inhalt, im Träger, im „Wesen“, im feststellbaren Verhalten? Welche außenpolitischen Ziele verfolgt die DDR? Von welchen Prämissen geht sie dabei aus? Gibt es eine DDR-spezifische Außenpolitik?

Diesen und ähnlichen Fragen steht eine Forschungs- und Lehrsituation in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber, die die staatliche und internationale Evidenz der DDR bislang nur unzulänglich verarbeitet hat. Ein buntes Gemisch von Ignoranz, wissenschaftlich wirksamen Vorurteilen und nicht zuletzt erkennbaren, wenn auch schwer definierbaren „Berührungängsten“ sich sozialistisch verstehender Wissenschaftler führt dazu, daß die Erforschung der DDR-Außenpolitik in der Bundesrepublik ein Desirat ist. Der Verfasser hat nicht den Ehrgeiz, die DDR-Außenpolitik im Rahmen dieses Beitrages in all ihren Facetten ausführlich und materialgestützt zu analysieren. Das Ziel ist bescheidener: Angestrebt werden Kenntnisse über Prämissen, Bedingungen, Ziele und Manifestationen der DDR-Außenpolitik, die exemplarisch zum Verständnis „sozialistischer Außenpolitik“ führen sollen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der systematisch-deskriptiven Analyse ihrer zentralen außenpolitischen Strukturprinzipien und wichtigsten Anwendungsfelder.

Was heißt „friedliche Koexistenz“? Was versteht die SED unter „sozialistischem Internationalismus“? Wie werden diese beiden zentralen außenpolitischen Strukturprinzipien in ihrem Verhältnis zueinander dargestellt? Welche Bestimmungsfaktoren und Bestimmungsgründe für das außenpolitische Verhalten der DDR können festgestellt werden? Nicht zuletzt richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Probleme, die sich der DDR im Spannungsfeld von formalisierter Koexistenz, sachbezogener (ökonomischer) Kooperation, systemarer Abgrenzung und komplexer sozialistischer Integration stellen.

## **Gerhard Wettig: Östliche Entspannungspolitik zwischen Zusammenarbeit und Abgrenzung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/77, S. 33—38

Die Analyse gilt dem paradoxen Sachverhalt, daß nach Absicht der sowjetischen Führung und ihrer Verbündeten die Ost-West-Entspannung zugleich Zusammenarbeit und Zusammenarbeitsverweigerung (durch Abgrenzung) zum Inhalt haben soll. Das Problem wird zunächst in seiner Behandlung durch politologische Theoretiker dargestellt und anschließend empirisch untersucht. Die Ergebnisse der Analysen lauten:

1. Innerhalb der „sozialistischen Gemeinschaft“ bestehen im Blick auf die Entspannung oft einander widerstreitende Tendenzen. Die Abgrenzungspolitik hat oft mehr die Funktion, der Emanzipation von gesellschaftlichen Kräften im eigenen Land entgegenzuwirken als dem Eindringen fremdbestimmender Einflüsse aus dem Westen zu wehren.
2. Die östliche Abgrenzungspolitik läßt sich nicht mehr ohne jede Rücksicht auf Erfordernisse der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit dem Westen praktizieren. Es bestehen also, wenn auch nur in sehr begrenztem Umfang, Abgrenzungshemmnisse. Dabei bleiben jedoch Abgrenzungsbedürfnisse unverändert bestehen. Aus diesem Widerspruch erklärt sich, warum Tendenzen zu vermehrter und zu verminderter Abgrenzung nebeneinander bestehen.
3. Die Zusammenarbeit mit dem Westen hat für die östlichen Führungen wesentlich auch den Zweck, zu Problemlösungen beizutragen, die sich innenpolitisch positiv auswirken. Daher ist eine vermehrte Ost-West-Zusammenarbeit nicht notwendigerweise mit vermehrter Abgrenzung gegenüber dem Westen verbunden. Ob der vorherrschende Trend in Richtung von mehr oder weniger Abgrenzung gehen wird, hängt von der Steuerung des Entspannungsprozesses ab. Auf diese Steuerung haben die westlichen Länder einen entscheidenden Einfluß.